

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Cepedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. März 1932.

Der Haarlemer Parteitag.

(Von unserem Korrespondenten.)

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Amsterdam, Ende März (Eig. Bericht)

In Haarlem ist in der Nacht von Ostersonntag auf Ostermontag eine der grössten grundsätzlichen Entscheidungen gefallen, die in der bewegten Geschichte der niederländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bisher getroffen wurden. Diese Entscheidung bezog sich auf die Taktik der Partei, wozu der Parteivorstand dem Parteitag eine in elf Punkte gegliederte Entschliessung vorgelegt hatte.

Die Opposition kam auf dem Parteitag in der Person ihres Wortführers Schmidt und durch den alten feinsinnigen Frank van der Goes, der aus der alten Sozialdemokratischen Partei von Domela Nieuwenhuis 1893 als Opponent ausgeschlossen wurde und 1894 zu den Begründern der heutigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehörte, ausgiebig zu Wort. Schmidt sprach mit grosser Leidenschaftlichkeit und polemisierte gewandt, aber vom Standpunkte des wissenschaftlichen Marxismus aus konnte man keineswegs behaupten, dass seine Auffassungen die Quintessenz marxistischer Wissenschaftlichkeit darstellten. Aus ihm sprach weit mehr das gefühlsmässige Verlangen der unter der Krise leidenden Arbeitermassen nach dem Sozialismus als der kalt abwägende Verstand, der den Tatsachen unbeirrt ins Auge sieht und nur dann zum Schlage ausholt, wenn die grösstmögliche Garantie des Erfolges gegeben ist. Diese Politik, bei der die niederländische Partei sich von ähnlichen Erwägungen wie ihre deutsche Schwesterpartei leiten lässt, ist keineswegs Reformismus, sondern die unter den heutigen Umständen gebotene Abwehrstellung im proletarischen Klassenkampf. So waren auch die Angriffe, die Frank van der Goes gegen die deutsche Partei richtete, bei allem Respekt vor der aufrechten Persönlichkeit dieses alten Streikers ungerne gerechtfertigt.

Die viel besprochene Entschliessung des Parteivorstandes wird vielleicht in der künftigen Geschichte der Partei als das Haarlemer Programm weiterleben, denn sie hat mehr als nur zeitgeschichtliche Bedeutung. Sie geht aus von den durch die Wirtschaftskrise entstandenen politischen Spannungen zwischen Klassen und Gruppen, die sich in heftigen Ausbrüchen entladen können, umschreibt die Aufgaben der Sozialdemokratie hinsichtlich der Verteidigung des Lohnniveaus und der Sozialgesetzgebung, stellt das erschütterte Vertrauen breiter Gruppen der Bevölkerung in die Haltbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise fest, fordert die Errichtung eines neuen Produktionssystems zur Ersetzung des Kapitalismus, lehnt wilde Bewegungen ab, proklamiert das Festhalten der Partei an ihren Grundsätzen und ihrer Kampfweise und unterstreicht schliesslich die Treue an Grundlagen, Kampfweise und Zielen der Partei. Diese fünf ersten Punkte wurden von der Übergrossen Mehrheit des Parteitages gegen nur 20 Stimmen angenommen; sie bildeten kein Streitobjekt.

Um die Punkte 6 bis 11 der Entschliessung ging der eigentliche Streit. Punkt 6 räumt allen Mitgliedern der Partei das Recht ein, Meinungen, die von

denen der Parteimehrheit abweichen, aber mit den Parteigrundsätzen vereinbar sind, in organisatorischer Weise zum Ausdruck zu bringen. Punkt 7 garantiert das vom Partei Vorstand herausgegebene Diskussionsorgan "Socialdemocraat" als die Tribüne der freien Meinungsäusserung innerhalb der Partei; Punkt 8 fordert von allen Parteimitgliedern Abstandnahme von der Bildung und Unterhaltung besonderer Gruppierungen innerhalb der Partei, woraus sich logisch als Punkt 9 die Forderung ergibt, dass die Oppositionsblätter "Socialist" und "Fakkel" aufgehoben werden. In Punkt 10 wird der Partei Vorstand beauftragt, die Erfüllung dieser Forderungen mit aller Strenge zu überwachen, und Punkt 11 ist ein Aufruf an alle Mitglieder der Partei zum Kampf für den Schutz der Arbeiterklasse gegen die Gefahren der Krise und für die Verwirklichung des Sozialismus. An diesen Punkten schieden sich die Geister; sie wurden mit 1599 gegen 406 Stimmen bei 5 Blankostimmen und 2 ungültigen Stimmen angenommen.

Da die Sprecher der Opposition von allem Anfang an erklärt hatten, dass sie auf ihr Organ "Fakkel" unter keinen Bedingungen verzichten würden, überraschte es nicht weiter, als in der internen Sitzung der Partei Vorsitzende Oudegeest folgendes Schreiben des Oppositionsführers Schmidt verlas: "Auf Grund der Annahme der Partei Vorstandsentschliessung, der wir uns weder unterwerfen dürfen noch können und aus der sich unsere Ausschliessung aus der Partei ergeben würde, muss ich namens der Schriftleitung, der Verwaltung und der Pressekommission der "Fakkel" mitteilen, dass wir einstimmig beschlossen haben aus der Partei auszutreten." Oudegeest stellte daraufhin fest, dass nach dem Austreten des einzigen Gegenkandidaten für den Geschäftsführenden Vorstand der Partei derselbe in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt sei.

Die Bedeutung des Haarlemer Parteitages liegt in einer neuen Kräftigung der Einheit der niederländischen Partei. Nicht die freie Meinungsäusserung in der Partei ist durch diese Entscheidung unterdrückt worden, sondern der Kampf in der Partei gegen diese selbst, und keine grosse Bewegung, die eine historische Sendung hat und auch kommenden Geschlechtern gegenüber eine Verantwortung trägt, kann einen solchen Kampf dulden. Die Opposition, die sich jetzt als Unabhängige Sozialistische Partei konstituiert hat, hat sich selbst des Nährbodens beraubt, aus dem der proletarische Befreiungskampf allein seine Kraft zu ziehen vermag.

SPD. Ausländische Ärzte sind nach Moskau berufen worden, um dort ein Konsilium über Stalins Gesundheitszustand abzuhalten. Die Tatsache an sich steht fest, trotzdem dementiert die deutsche Sowjetpresse in aufgeregtester Form. Sie redet von Schwindelmeldungen, die "Unruhe und Unsicherheit verbreiten" und "unterminieren" sollen.

Was soll das heissen? Ist Stalin ein Uebermensch, dass ihm nicht eine Krankheit zustossen könnte? Ganz ungewollt zeigt sich die deutsche Sowjetpresse wieder einmal in der Pose, die ihr am gewohntesten ist: auf dem Bauche vor Stalin rutschend, um ihm die Reiterstiefel zu küssen. Wieso müsste eine ernstliche Erkrankung Stalins "Verwirrung schaffen" und "unterminieren"? Das hat nur Sinn, wenn zugegeben wird, dass in Russland nicht das Proletariat regiert, nicht die russische kommunistische Partei, sondern das persönliche Regiment Stalins! Da haben sich die Stalinknechte in der deutschen Sowjetpresse selbst verraten!

In ihren aufgeregten Dementis erzählt die deutsche Sowjetpresse von den Aufgaben, die die ausländischen Spezialisten in Moskau zu erfüllen hätten. Wir lesen :

"Tatsache ist, dass die Sowjetregierung von Staats wegen immer wieder ihre Funktionäre und besonders die alten Bolschewiki, die ihre Gesundheit in den Kerkern des Zarismus verbrauchten, nicht nur von inländischen, sondern auch von ausländischen medizinischen Autoritäten untersuchen lässt."

Dazu nur eine Bemerkung! Wer nicht vor Stalin auf dem Bauche rutscht, erhält überhaupt keine ärztliche Versorgung, selbst wenn er ein alter Bolschewik ist und seine Gesundheit in den Kerkern des Zarismus verbraucht hat. So ging es dem ersten Sowjetbotschafter in Berlin, Joffe. Es wurden ihm in sadistischer Quälerei Ärzte und Medikamente entzogen, weil er zu Trotzki hielt. Stalin wollte ihn verrecken lassen. Joffe erschoss sich. Stalin beruft ein ganzes Konsilium ausländischer Spezialisten für seine eigene wertige Gesundheit.

Der Vorfall ist lehrreich. Er zeigt, dass Stalin ein Mussolini in rot ist. Er enthüllt ein persönliches Regiment, einen neuen Zarismus. Und die Aufregung der Sowjetpresse in Deutschland lehrt, dass die Kommunisten wissen, dass unter Stalins Stiefel Empörung und Unzufriedenheit in Russland grollen! Welcher deutsche Arbeiter will noch auf Stalins Stiefellecker in Deutschland hereinfliegen?

SPD. Halle, 30. März (Eig. Drahtb.)

Es sind erst wenige Tage verflossen, seitdem die Akten über den von Koenen, Erfinger und anderen Linienkommunisten zugrunde gerichteten Konsumverein Halle geschlossen worden sind, und schon ist eine neue Pleite zu verzeichnen. Die ebenfalls von der KPD beherrschte Konsum- und Spargenossenschaft Merseburg und Umgegend sieht sich gezwungen, jetzt ebenfalls das Konkursverfahren zu beantragen. Nach dem vom Vorstand aufgestellten Status ist eine verfügbare "Masse" von sage und schreibe: 3000 Mark vorhanden, sodass damit zu rechnen ist, dass die Eröffnung des Konkursverfahrens wegen Mangels an Masse überhaupt abgelehnt wird. Die Merseburger Pleitekommunisten haben also noch gründlicher "revolutioniert" als die von Halle.

Eine Gläubigerversammlung des ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Konsumvereins Wittenberg hat die Einleitung des Vergleichsverfahrens abgelehnt, sodass auch dieses "Rote Proviantamt" vor dem Konkurs steht.

SPD. Das Amtsgericht Osterburg in der Altmark hat sich den Scherz geleistet, einen vor 10 Jahren bestrafte Arbeiter, der sich in der Zwischenzeit gut geführt hat, jetzt zur Strafverbüßung aufzufordern. Dazu wird uns geschrieben :

Am 8. Januar 1923 wurde der Arbeiter Paul Diers vom Schöffengericht Osterburg in der Altmark (Aktenzeichen: 4 D 86/22) zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten verurteilt. Die von Diers eingelegte Berufung wurde im Februar 1923 von der Strafkammer Stendal verworfen. Diers hatte damals in der Inflationszeit Gusseisen aufgekauft, von dem er wusste, dass es gestohlene Maschinenteile waren. Tausende haben in der Inflationszeit aus Not ähnlich gehandelt. Sie wurden nur nicht gefasst und deshalb nicht bestraft. Sie hatten mehr Glück wie Diers.

Seit die Berufung von Diers verworfen war, hörte er von seiner Strafsache nichts mehr. Damals, 24 Jahre alt, wollte er von einem Gnadengesuch nichts wissen und seine Strafe verbüßen. Da er aber nie wieder etwas vom Amtsgericht Osterburg hörte, verzog er nach einigen Monaten, meldete sich ordnungsmässig ab und bei der Polizeibehörde seines neuen Wohnortes meldete er sich ordnungsmässig an. Im Jahre 1929 heiratete er; inzwischen ist er Vater geworden.

Dieser Tage, nach fast 10 Jahren, erhielt Diers unerwartet vom Amtsgericht Osterburg die Aufforderung, seine Gefängnisstrafe von 9 Monaten in der

Strafanstalt Greifswald anzutreten. Diers ist heute 34 Jahre alt, hat an seine Strafe garnicht mehr gedacht und auch, nach einem Jahrzehnt, mit seiner Straftat, die unter ganz anderen und damals "wildem" Verhältnissen erfolgte, nichts mehr gemein. Begreiflicherweise hat er bei der Eheschliessung seiner Frau von seiner Jugendtorheit nichts gesagt. Sie hat, da sie herzkrank ist, angesichts der Ladung zur Strafverbüssung Herzkrämpfe bekommen und ist bedenklich erkrankt.

Das Amtsgericht Osterburg besteht auf Strafantritt, trotzdem Diers sofort ein Gnadengesuch eingereicht hat. Es will nicht einmal bis zur Entscheidung über das Gnadengesuch mit dem Strafantritt warten, sondern Haftbefehl erlassen. Diers und seine Familie sollen für ein Versehen im Geschäftsbetrieb des Amtsgerichtes Osterburg unter allen Umständen büssen. Es erscheint deshalb angebracht, dass sich die zuständigen Stellen schnellstens des Falles annehmen, zumal Diers sich seit der Straftat vor zehn Jahren gut geführt hat.

SPD. Halle, 30. März (Eig. Drahtb.)

Auf einer mitteldeutschen Führertagung des Stahlhelm mühte sich der durchgefallene Präsidentschaftskandidat Duesterberg nach Kräften ab, plausible Gründe für seinen Reinfall zu finden.

Die Nazis hätten bei den Verhandlungen, so führte Duesterberg aus, über eine Einheitskandidatur der Harzburger Front nicht nur den Posten des Reichspräsidenten, des Kanzlers und Aussenministers, sondern auch das Wehrministerium für sich gefordert. Zu allem hätte man ja gesagt, nur die Wehrmacht habe man nicht politisieren lassen wollen, weshalb er, Duesterberg, schweren Herzens die Kandidatur übernommen habe. Da die Stahlhelmbundesleitung den Ausgang des zweiten Wahlganges als feststehend ansehe, gebe sie die Abstimmung frei. Nach den Preussenwahlen wolle sich der Stahlhelm wieder ganz aus der Tagespolitik zurückziehen.

SPD. Das Los der Arbeiter in Polnisch-Oberschlesien stellt ein Musterbeispiel dar für die brutale Sinnlosigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das einst blühende ostoberschlesische Industrieviertel ist durch eine faschistische Wirtschaftspolitik und durch masslosen nationalistischen Fanatismus an den Rand des Abgrundes gebracht. Es ist heute ein Trümmerhaufen und die dort lebenden Menschen, deren Schicksal an diesen Raum und seine Arbeitsstätten gekettet ist, sind, da die polnische Arbeitslosenunterstützung das Daseinsminimum nicht gewährleistet, zum Verhungern verurteilt. Das polnisch gewordene obererschlesische Industrieviertel und seine Arbeiterbevölkerung stehen vor dem völligen Zusammenbruch, vor dem erbarmungslosen Ruin!

Dazu schreibt das sozialdemokratische Organ in Kattowitz: "Gewiss ist es gegenwärtig überall schlecht, aber darunter leiden nicht alle. Im Gegenteil, es gibt eine privilegierte Kaste in unserer engeren Heimat, die das Volk bestiehlt und das Geld ins Ausland verschleppt. Alle reden über die fabelhaften Gehälter der Direktoren, die Staatsmänner nicht ausgenommen. Die gesamte Presse, wenn wir von den Organen der Schwerindustrie absehen, schreibt ununterbrochen dagegen, aber es hat sich noch keine Macht gezeigt, die hier einschreiten und dem Raubzug ein Ende setzen würde. Die Einen leben in Saus und Braus und die Andern haben nichts zu essen. Das ist es gerade was die Erbitterung steigert. Ein Direktor, der monatlich 50 000 Zloty bezieht, verlangt von den Arbeitern, die monatlich 120 Zloty verdienen, sie sollen auf 25 Prozent ihres Lohnes verzichten! Das ist etwas unfassbares, ja unmoralisches. Wenn man noch hinzufügt, dass Sozialbehörden dem Direktor und nicht den Arbeitern Recht geben, so kann man sich vorstellen, wie das auf die Arbeiter-

massen wirken muss. Doch lassen wir das, denn wir haben schon das tausendmal hervorgehoben, ohne dass diese Wahrheit sich durchsetzen konnte.

Die Hälfte aller Industriearbeiter liegt auf der Strasse, sie ist existenzlos. Irgendwelche Aussicht besteht nicht, um diese Arbeiter dem Produktionsprozess anzureihen. Sie werden lange Zeit auf Arbeit und Verdienstmöglichkeit warten müssen. Viele von ihnen werden zu Grunde gehen, denn die Unterstützungsgelder fließen immer spärlicher. Der polnische Staat beklagt sich, dass seine Einnahmen zusammenschmelzen, dass er den Arbeitslosen nicht mehr in derselben Masse helfen kann, wie bis jetzt. Die Unterstützungsgelder werden immer knapper und die Zahl der Arbeitslosen wird immer grösser. Bald ist der 1. April da und im April werden neue grosse Betriebe stillgelegt. Die Arbeiter in der Baildonhütte wurden gekündigt. Die Arbeiter in der Blüchergrube wurden gekündigt. Die Belegschaften der Gräfin-Lauragrube und der Florentinengrube sind gekündigt worden. Auch auf der Charlottengrube, auf Mathilde-Ost ist die Belegschaft gekündigt worden. In unzähligen anderen grossen Industriebetrieben wurden die Belegschaften zum Teil gekündigt. Der Monat April wird mithin die Zahl der Arbeitslosen mindestens um 15 000 steigern. 120 000 Arbeiter liegen schon auf der Strasse und 15 000 Arbeiter werden noch hinzukommen. Auf der anderen Seite werden die Unterstützungsgelder beschnitten und das Wenige muss für die grosse Masse der Arbeitslosen ausreichen. Man kann sich vorstellen, wie da den Arbeitslosen an den Osterfeiertagen zu Mute sein wird. Nebstdem werden die Löhne immer von neuem abgebaut. Aus den einzelnen Gruben wird gemeldet, dass trotz des Lohnabbaues um 8 Prozent, das Gedinge so berechnet wird, dass der Arbeiter nicht einen 8prozentigen Lohnabbau zu verzeichnen hat, sondern viel mehr, in manchen Fällen sogar über 20 Prozent.

Was wird erst werden, wenn die Armee der Arbeitslosen um 15 000 steigen wird? Das ist eine Frage, die offen bleibt, die niemand beantworten kann und diese Frage lastet wie ein Alp auf der Arbeiterklasse in dem Industriegebiet. Heute ist kein einziger Arbeiter sicher. Niemand weiss wie lange er noch im Betrieb verbleiben, ob die Grube oder die Hütte, in welcher er arbeitet, im nächsten Monat noch in Betrieb bleiben wird. Die Lage ist im Allgemeinen derart unsicher, dass man auf alles gefasst sein muss."

SPD. Hannover, 30. März (Eig. Drahtb.)

Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Die durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten getroffene Massnahme zur Sicherung des Osterfriedens wird von nationalsozialistischer Seite dadurch durchbrochen, dass diese zur politischen Propaganda für diese Zwecke in erhöhter Auflage hergestellte Zeitungen durch ihre Anhänger in Häusern verbreiten lässt. Der Oberpräsident hat die Polizeiverwaltung angewiesen, die Verbreitung zu unterbinden. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, dass derartige Propaganda bis zum 3. April nicht nur durch die Polizei verhindert wird, sondern dass sich der bei ihr Betroffene nach der Notverordnung vom 17. März 1932 auch strafbar macht.

SPD. Gegen den italienischen Sozialisten Prof. Mario Corsi, der in Deutschland seit längerer Zeit im Auftrage der Sozialdemokratie öffentliche Vorträge über das faschistische Italien hält, verbreitet die gegnerische Presse Verleumdungen und Lügenmeldungen, die den offensichtlichen Zweck haben, den Eindruck der Corsi-Vorträge abzuschwächen.

Aus begreiflichen Gründen tritt Corsi in der Öffentlichkeit mit seinem Schriftstellernamen auf. Diesen Umstand missbrauchen die Nazis und ihre Bundesgenossen einschliesslich der Seydewitze, um Corsi als einen Schwindler, Pass

fälscher, Franzosen, Russen usw. zu stempeln und um gegen ihn Massnahmen der deutschen Behörden, wie Redeverbot, Ausweisung als lästiger Ausländer zu fordern.

Gegenüber dieser Lügenhetze stellen wir fest, dass Corsi ein gebürtiger Italiener ist, der seit dreissig Jahren für den Sozialismus kämpft, in Italien schwere Verfolgungen und Misshandlungen der Faschisten erdulden musste und nun als politischer Emigrant im Auslande seinen antifaschistischen Kampf mit seinen Vorträgen weiterführt und zur Aufklärung der deutschen Arbeiterschaft über die nationalsozialistische Gefahr wirksam beiträgt.

SPD. Paris, 30. März (Eig. Drahtb.)

In hiesigen diplomatischen Kreisen wird der Zusammenkunft Tardieus mit MacDonald nicht die Bedeutung beigelegt, die ihr ein Teil der französischen Presse geben möchte. Man glaubt nicht, dass die Aussprache der beiden Ministerpräsidenten irgend ein positives Ergebnis haben wird, zumal man es für ausgeschlossen hält, dass MacDonald, von dem die Anregung zu der Viermächtekonferenz ausgegangen ist, vor dem Zusammentritt dieser Konferenz irgendwelche Versprechungen gegenüber Tardieu eingehen werde. Das sei aus rein sachlichen Gründen schon unwahrscheinlich. Die französische und englische Auffassung seien in der Frage des Donaubundprojekts vorläufig noch diametral entgegengesetzt. Unwahrscheinlich sei auch, dass Tardieu mit MacDonald zu einer Einigung in der Reparationsfrage kommen werde, da sich Tardieu vor den Kammerwahlen hinsichtlich des Reparationsproblems kaum festlegen werde. Die Aussprache zwischen den beiden Ministerpräsidenten werde sich deshalb auf einen allgemeinen Meinungsaustausch beschränken, der vom internationalen Standpunkt aus wenig Interesse habe.

SPD. In der Nazi-Reichstagsfraktion und den Nazi-Fraktionen der Länder gibt es Dutzende von Mitgliedern, die wegen ehrenrühriger Delikte vorbestraft sind oder sonst Dreck am Stecken haben. Die Registratur über diese Vorkämpfer für das Dritte Reich wird jetzt ergänzt durch einen Fall Wolkersdörfer.

Dieser Wolkersdörfer ist Reichstagsabgeordneter der NSDAP für Thüringen. Seine Parteifreunde beschuldigen ihn bereits seit Wochen des Betrugs, der Unterschlagung, des Ehrenwortbruchs und ähnlicher Schandtaten, ohne dass die Reichsleitung der NSDAP in München gegen diesen Ehrenmann bisher vorgegangen wäre oder gar der Forderung seiner Zeitzer Ortsgruppe entsprochen und ihn davon gejagt hätte. Die Münchener Parteileitung hat seine Amtsenthebung vielmehr ausdrücklich abgelehnt, weil sie ein derartiges Subjekt, wie Strasser gegenüber einer Delegation der Zeitzer NSDAP betonte, für die rednerische Propaganda der Partei nicht entbehren kann. Diese Äusserung ist typisch. Sie passt zu dem Ausspruch Hitlers von den "rauhem Kämpfern". Rauh im Ton, im Charakter und in der Propaganda. Was wäre die NSDAP auch ohne dem, ohne den täglichen Volksbetrug durch Typen, die wie Wolkersdörfer auf praktische Erfahrung zurückblicken und sich deshalb auf das "rauhe" Geschäft besonders verstehen?

Als die Vorstellungen der Zeitzer Ortsgruppe der NSDAP gegen Wolkersdörfer im Münchner Braunen Haus, dem Eldorado der Röhmlinge, gescheitert waren, unternahmen die Ortsgruppenführer der betreffenden Organisation bei ihrer Gauleitung in Halle-Merseburg einen neuen Vorstoss gegen den "rauhem" Kämpfer Wolkersdörfer. In einem langen Schreiben begründeten sie ihre Vorwürfe gegen W., ohne dass, wie es zum Schluss des Briefes heisst, das gegen diesen typischen Nazi-Propagandisten vorliegende Material erschöpfend wiedergegeben sei. In dem Brief heisst es wörtlich :

"Zeitz, den 16. März 1932.

An die

Gauleitung der Nat. Soz. D. A. P.
Gau Halle-Merseburg
z. Hd. des Herrn Gauleiters Jordan,

H a l l e d. S.
Postfach 152.

Betr.: Pg. Wolkersdörfer, Zeitz.
Durchschlag dieses Schreibens ging
mit gleicher Post an die Bezirksleitung.

Sehr geehrter Herr Gauleiter!

Die am Freitag den 13. März 1932 stattgefundene Führerbesprechung hat einstimmig beschlossen, der Gau- und Bezirksleitung folgende Erklärung abzugeben und nachstehende Punkte als Material zu dieser Erklärung einzureichen.

Der bereits zweimal von seinem Amt als Orts-Gr. Führer beurlaubte Pg. Wolkersdörfer ist als oberster Führer in Zeitz vollständig unmöglich und in der Organisation als Funktionär untragbar. Eine etwaige erneute Ernennung zum Or. Gr. Führer von Zeitz kommt gar nicht in Frage und dürfte eine gegenteilige Entscheidung zu den schwersten Erschütterungen der Ortsgruppe führen. Nicht nur die gesamte Führerschaft, die die Arbeiten der Ortsgruppe selbstlos ausführt, steht nicht an zu erklären, dass Parteigenosse Wolkersdörfer - nur durch ihm angeborene Popularitätshascherei und oberflächliches Blendwerk - sich die Sympathie aller Nationalsozialisten früher erworben und jetzt restlos verloren hat, nein, sogar grosse Kreise der uns freundlich gesinnten Oeffentlichkeit haben zu ihm das Vertrauen verloren. Er allein trägt mit seinem Verhalten, das später nachgewiesen wird, die alleinige Schuld. Die Ortsgruppenführerschaft sieht also keinerlei Möglichkeit, mit ihm - oder gar unter ihm arbeiten zu können... Als Material und Beweise lassen wir folgende Punkte dienen: Wir beschuldigen Pg. Wolkersdörfer des fortgesetzten Wortbruchs und der vorsätzlichen, wissentlich falschen Behauptungen.

Beweis: In zwei Führerschaftsbesprechungen, einmal in Anwesenheit des Bezirksleiters, erklärte Pg. Wolkersdörfer auf die ihm gemachten Vorwürfe, dass er keinen Pfennig Schulden besäße. Er beteuerte dieses unter ehrenwörtlicher Versicherung. Das Gegenteil wurde festgestellt. Pg. Wolkersdörfer schuldet der Firma Erdal, bei der er früher Verkäufer war, RM 1543,70. Diese Summe sollte durch Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss vom 31.5.28 Ende vorigen Jahres zugleich 7 % Zinsen bei dem damaligen Arbeitgeber Pg. Leistner eingezogen werden. Da Pg. Wolkersdörfer von Pg. Leistner zu dieser Zeit entlassen war, liess Pg. Leistner die Sache unerledigt zurückgehen. An Autoreparaturen schuldet Pg. Wolkersdörfer seit Jahr und Tag der Firma Eidner, Zeitz M 60.--. Herr Eidner hat schon mehrfach an Biertischen Andeutungen gemacht und besteht die Gefahr, dass auch diese Sache die Oeffentlichkeit erfährt.

Pg. kaufte einen Radioapparat. Da er nicht bezahlte, wollte die Firma Franken diese Forderung öffentlich ausbieten und verkaufen. Nur durch die Intervention des Pg. Leistner konnte dieser Skandal vermieden werden. --- Ungeklärt sollen ferner die Geldgeschäfte beim Autoverkauf zwischen Wolkersdörfer und Tiebel, Naumburg, sein, die sich gegenseitig die tollsten und haarsträubendsten Sachen an den Kopf werfen. Pg. Uebelhör, Naumburg, wird darüber dienen können."

Im zweiten Teil der Anklageschrift gegen Wolkersdörfer werden eine ganze Reihe Punkte aufgeführt und erläutert, von denen folgende ein bezeichnendes Licht auf die bodenlose Korruption in der Nazi-Partei werfen:

"Wir beschuldigen Pg. Wolkersdörfer des fortgesetzten Lügens und Belügens seiner Mitarbeiter. Wolkersdörfer hat uns immer versichert, dass er früher Stadtrat in Erlangen war. Auf Befragen des Pg. Gengler, Nürnberg, der genau Bescheid wusste, wurde von Pg. Gengler erklärt, dass ein Stadtrat Wolkersdörfer in Erlangen nie existiert habe.

Als Wolkersdörfer Ende Oktober aus dem Reichstag zurückkehrte, versicherte er den verurteilten und bestraften SA-Leuten, dass sie alle amnestiert seien. Es gab eine ungeheure Erregung unter den Pgs., als festgestellt wurde, dass er nur, um sich beliebt zu machen, diese Behauptungen aufstellte, In Wirklichkeit waren nur die Femeleute begnadigt.

Wir bestreiten, dass Wolkersdörfer als Ortsgruppenführer jemals ein Vorbild war. In Crossen bei Zeitz war eine Versammlung mit Wolkersdörfer als Redner angesetzt. Er fuhr mit Herrn Grela, der inzwischen ausgeschlossen ist, und nahm in seinem Auto zwei Mädchen mit. Wolkersdörfer wollte, da er die Mädchen mit hatte, nichts prechen, so dass ihn Grela erst überreden musste. Öfter wurde Pg. Wolkersdörfer von seiner Braut aus dem Hause gejagt und wohnte tagelang im Hotel Herold. Um wieder nach Hause zu können, spielte Herr Grela den Vermittler. Wolkersdörfer wurde dadurch zum Gespött aller Pgs.

Wolkersdörfer gründete Ende 1929 die örtliche Zeitung "Zeitler Beobachter". Die Zeitung war gut vorbereitet und enthielt viele Anzeigen. Die Organisation hat jedoch keinerlei Einblick in die Einnahmen und Ausgaben des Pg. Wolkersdörfer bei diesem Unternehmen gehabt. Die Ortsgruppe hat auf Anordnung nur die Restschuld von 110.- Mark bezahlen dürfen. Die Anordnung gab der damalige Or.Gr.Führer Wolkersdörfer. Wir fragen: Wo sind die Belege über Einnahmen und Ausgaben? Wo ist die Schlussrechnung?

Wolkersdörfer gründete als Orts Gr.Führer einen Zigarettenladen, der zugleich Geschäftsstelle sein sollte in Zeitz, Wasserberg. Wolkersdörfer bekam vom Geschäftsführer Pg.Kurt Scharr verschiedene Gelder zur Bezahlung von Rechnungen, über die Wolkersdörfer keine Quittungen gebracht hat. Die O.G.L Leitung hat nie einen Ueberblick über die Einnahmen und Ausgaben in diesem Geschäft gehabt. Auf öfteres Befragen erklärte W., dass dieses seine Privatsache und Angelegenheit sei. Niemals sind Einnahmen und Ausgaben dem Kassierer der Orts Gr. abgerechnet worden. Monatelang hat sich Wolkersdörfer um diesen Laden nicht gekümmert. Verschiedene Male hat er aber aus der Kasse Beträge von 40.-- Mark usw. entnommen. (Zeuge Pg. Scharr.) Der Laden ist am 31.12.30 aufgegeben worden. Es bestehen nunmehr folgende Schulden, die nach der Ansicht Wolkersdörfers nunmehr die Ortsgruppe Zeitz decken soll. Warenschulden ca. 500.--, Gehaltsschulden an Pg.Scharr 480.--. Wir fragen, wo bleibt die Verantwortlichkeit des damaligen O.Gr.Führers Wolkersdörfer? Hat er nicht sträflich leichtsinnig und bodenlos unverantwortlich gehandelt? Wann will er diesen Verpflichtungen nachkommen? Hat er es nicht als seine Angelegenheit bezeichnet, bis 1.2.31 diese Schulden zu erledigen? Warum hat er es auch hier nicht getan? Denkt er, dass es Zweck und Sinn unserer Bewegung ist, die mühselig zusammengebrachten Parteigelder in das unersättliche Schuldenloch zu werfen, das er als leichtsinniger, unfähiger, verantwortungsloser Ortsgruppenführer geschaffen hat?"

Dieser Brief, der unterzeichnet ist von dem Kassierer der Ortsgruppe Zeitz, dem Standartenführer Osterland, dem Vorsitzenden der Zeitzer Stadtverordnetenfraktion der NSDAP und anderen, hat seine Wirkung bisher verfehlt! Wolkersdörfer ist trotz der gegen ihn erhobenen Vorwürfe seines Amtes immer noch nicht enthoben! Er ist für die Nazi-Leitung in München "unentbehrlich", einmal weil er dank seiner Erfahrungen "rauh" zu kämpfen vermag, vor allem aber, weil er zuviel über das Eldorado der Röhmlinge weiss. Es stinkt nicht nur um Wolkersdörfer herum, es stinkt insbesondere auch in München - und in jedem Fall weiss der eine vom anderen. Darum muss Wolkersdörfer weiter als Propagandist auf die Bevölkerung losgelassen werden und darum darf er weiter im Reichstag sitzen. Jede Partei, die auch nur etwas auf ihre Ehre gibt, würde diese Type nebst all den anderen Nazi-Abgeordneten, die Dreck am Stecken haben, längst zum Teufel gejagt haben!

SPD.Brüssel, 30.März (Eig.Drahtb.)

In Brüssel wurde am Mittwoch eine wichtige Konferenz von Vertretern überseeischer Schifffahrtsgesellschaften eröffnet, die über die Herabsetzung der Passagierfrachten im Personenverkehr zwischen Europa und den Vereinigten Staaten beraten soll. Es sind etwa 20 Vertreter englischer, deutscher, amerikanischer, französischer, holländischer, italienischer und skandinavischer Reedereien anwesend.

Veranlassung zu der Zusammenkunft gab der Beschluss der von der amerikanischen Regierung subventionierten Gesellschaften, die Passagiertarife um 20 Prozent herabzusetzen. Dagegen protestiert die Mehrzahl der europäischen Reedereien. Insbesondere die englischen und französischen Gesellschaften erklären, dass sie unter solchen Umständen nicht mehr imstande wären, die Konkurrenz zu ertragen. In Brüssel wird man nun versuchen, sich auf einer gemeinsamen Linie zu verständigen. Am Mittwoch konnte jedoch noch keine Einigung erzielt werden; die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Die Reedereien werden auch über die Rationalisierung des europäisch-amerikanischen Personenverkehrs, die Herabsetzung der Häufigkeit der Fahrten, gemeinsame Feststellung der Fahrgeschwindigkeit usw. beraten. Dazu dürfte wahrscheinlich aber eine weitere Zusammenkunft notwendig sein.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags lehnte am Mittwoch abend den Sanierungsplan der Reichsregierung für die oberschlesische Industrie ab. Die dazu von den sozialdemokratischen Vertretern eingebrachte und von der Mehrheit des Ausschusses angenommene Entschliessung besagt folgendes:

"Der 5.Ausschuss (Reichshaushalt) sieht die Möglichkeit einer Sanierung der oberschlesischen Wirtschaft nur in einer engeren Verbindung zwischen Kohle und Eisen. Er sieht in dem vorliegenden Vorschlag der Reichsregierung keine ausreichende und dauernde Sanierung. Er fordert deshalb die Reichsregierung auf, neue Verhandlungen auf der oben bezeichneten Basis zu führen."

SPD. Frankfurt/M., 30.März (Eig.Drahtb.)

Etwa 35 Frankfurter Nationalsozialisten überfielen in der Frankenallee 12 Mitglieder der Reichsbannerjugend mit Stahlruten, Hundepeitschen, Schlagringen und Gummiknüppeln, schlugen mehrere Jungkameraden zu Boden und traten auf die am Boden Liegenden ein. Die Polizei hat bisher 6 Nazis verhaftet.

SPD. Paris, 30.März (Eig.Drahtb.)

Der Senat hat im Verlauf der Budgetberatung den von der Finanzkommission zurückgestellten Kredit von 650 Millionen Francs für die Konstruktion eines neuen Linienschiffes von 26 500 Tonnen bewilligt. Der Antrag dazu ging von dem Vorsitzenden der Marinekommission, Rio, aus. Die Regierung stimmte dem Antragsteller zu, worauf der Betrag genehmigt wurde. Da die Kammer den Kredit bereits in erster Lesung bewilligt hat, ist der Bau des Linienschiffes, der eine Antwort auf den Kreuzer "Deutschland" darstellen soll, gesichert.

SPD, Bochum, 30.März (Eig.Drahtb.)

Der Zechenverband hat den Manteltarif für den Ruhrbergbau zu Ende Mai gekündigt. Eine Kündigung des Lohntarifes zu Ende April ist nicht erfolgt. Man rechnet jedoch mit einer Kündigung am 1.Mai zum 31.Mai.

Der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Gemeinden hat den Tarif für die Angestellten zu Ende April gekündigt.

SPD. Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg verurteilte den Herausgeber des Schmäherkes "Gefesselte Justiz" Moritz Zarnow am Mittwoch wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kuttner zu 3 Monaten Gefängnis. Zarnow hat in einem Artikel behauptet, dass Kuttner in einer Unterlassungsklage gegen ihn, die am 30.Januar d.J. vor dem Kammergericht verhandelt worden war, bereit gewesen sei, einen Meineid zu leisten.

In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, dass die Tendenz des Artikels die Neigung zeige, einen politischen Gegner schwer zu beschimpfen. Aus diesem Grunde könne dem Angeklagten der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht zugebilligt werden.

SPD. London, 30.März (Eig.Drahtb.)

Die englische Regierung hat nach einer Information des diplomatischen Korrespondenten des "Daily Herald" die Hoffnung, dass auf der Lausanner Konferenz im Juni eine endgültige oder auch nur eine längere Zeit erfassende Lösung des Reparationsproblems erreichbar sein werde, aufgegeben. England werde daher in Lausanne nur eine Verlängerung des Hoovermoratoriums um weitere sechs Monate vorschlagen. Dieser Plan, der auf den Schatzkanzler Chamberlain zurückzuführen sei, werde von der vagen Hoffnung getragen, dass innerhalb der sechs Monate die amerikanischen Präsidentenwahlen die Situation ändern und so günstigere Voraussetzungen für eine Aufrollung der Reparationsfrage geschaffen werden.

SPD, Prag, 30.März (Eig.Drahtb.)

In der Geschäftsstelle des Deutschen Handels- und Industrieverbandes in Prag nahmen am Mittwoch 12 Polizeibeamte wegen nationalsozialistischer Umtriebe eine Haussuchung vor. Zahlreiche Schriftstücke wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde das Büro des Deutschen Handwerkervereins in Prag, in dem sich das Lokal des Deutschen Nationalsozialistischen Arbeitervereins befindet, durchsucht. Auch hier wurde zahlreiches Material beschlagnahmt. Schliesslich fand noch im Büro des Röhrenkartells in Prag eine Durchsuchung wegen hakenkreuzlerischer Umtriebe der Beamten statt.

SPD. Frankfurt/M., 30.März (Eig.Drahtb.)

Die Frankfurter Nazis haben zum Preussischen Landtag als Kandidaten den Landgerichtsrat Dr. Krebs-Frankfurt/Main aufgestellt, der neuerdings wieder als Leiter der nationalsozialistischen "Rechtsschutzstelle" fungiert. Dieser Nazi-Krebs hat dem preussischen Justizminister im Februar 1931 dienstlich versichert, dass er der Nationalsozialistischen Partei "nicht mehr" angehöre.

SPD. Prag, 30.März (Eig.Drahtb.)

Die Lage in Nordwestböhmen hat sich am Mittwoch weiter verschärft. In Kladno bei Prag traten am Mittwoch die Arbeiter von zwei Kohlenschächten ebenfalls in den Ausstand. Im Mährisch-Ostrauer Revier streiken bisher 7000 Arbeiter; auch hier ist die Lage ernst. In Nordböhmen macht sich in den Fabriken bereits Kohlenmangel bemerkbar. Die Gewerkschaftsorganisationen haben sich gegen die wilden Streiks ausgesprochen und lehnen jede Verantwortung für ihren Verlauf ab.

Am Mittwoch-Vormittag bewarfen demonstrierende Bergarbeiter in Unterschau bei Mährisch-Ostrau die Schutzwache mit Steinen. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Schuss schwer verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer. Ein Arbeiter wurde schwer, drei wurden leicht verletzt.

Die Mittwochsitzung des Abgeordnetenhauses stand unter dem Eindruck des Kohlenstreiks. Die Kommunisten veranstalteten Lärmszenen. Die tschechische und deutsche Sozialdemokratie gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Verstaatlichung aller Gruben verlangen.

SPD. London, 30.März (Eig.Drahtb.)

Auf einem Golfplatz an der Themse wurde am Mittwoch ein Golfspieler und sein Balljunge, die unter einem Schirm vor dem Regen Schutz suchten, vom Blitz erschlagen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Verbrecherschiffe...

Auf den "Inseln hinter dem Winde" - Heimatlose Menschenfracht - Im Lande der Tränen.

SPD. Der argentinische Dampfer "Chaco" passierte, mit einer Ladung Verbrecher an Bord, den Nordostseekanal. Der Kapitän hat den Auftrag, die unheimliche Fracht in Europa abzusetzen. Die europäischen Polizeibehörden verhalten sich begreiflicherweise ablehnend.

Kaum drei Jahrzehnte sind vergangen, seit die europäischen Kolonialmächte darauf verzichtet haben, durch stolze Fregatten gesicherte Konvoizüge über die Ozeane zu senden. Wochenmonatelang hielten diese Schiffe südlichen oder südwestlichen Kurs, bis sie ferne Inseln oder Kontinente ansteuerten, auf denen die, inzwischen durch Skorbut oder Fieber arg mitgenommenen, Menschenfrachten ausgebootet, regulär ausgesetzt wurden. Auf Neuseeland, in Australien, auf den Inseln des indischen Ozeans, auf den heißen Felsgraten der "Inseln hinter dem Winde", in Südamerika, Columbien und Guyana, überall befanden sich solche Verschiffungsplätze für europäische Menschenfrachten. Die Menschen, die dort ausgebootet, oder auch ausgesetzt wurden, waren weder Kolonisten noch Soldaten, die Erobererspurten folgten, um die Inseln und Länderereien zu erschliessen, und sie kolonialen Interessen des Mutterlandes dienstbar zu machen, sondern - - Verbrecher!

"Export".

Spanien, Portugal, Grossbritannien, Frankreich schickten ihre Schwerverbrecher über die sieben Meere und siedelte sie in den heißen, kaum fruchtbringenden Länderereien an, um ihre asozialen Elemente los zu werden. Drüben, jenseits der Ozeane, unter ganz anderen menschlichen und sozialen Bedingungen hoffte man auf Besserung, glaubte man, die Verbrecher wieder zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen.

Merkwürdig wie das Experiment, waren die Ergebnisse. Unter der Sonne der Südsee, im atemberaubendem Winde des Passates, wurden in Jahrzehnte langer Arbeit aus Verbrecherkolonien reife, fruchtbare, menschliche Siedlungen. Auf der anderen Seite des Pazifik aber hatten die Experimente oft gegenteilige Erfolge. In Mittel- und Südamerika, in Westindien, in den Zonen des romanischen Verbrecherexportes gediehen die Kolonien durchaus nicht. Guyana, Hölle aller französischer Zuchthäusler, oft auch "Land der Tränen" genannt, spielte in Intervallen, gemeinsam mit den spanischen und portugiesischen Verbrecherkolonien, die Verbrecher wieder aus, die sich mit Spiessgesellen in Mittel- und Südamerika einnisteten jahrelang als Schrecken aller Friedlichen, als Träger des Räuber- und Bandenunwesens wirkten.

Um die Jahrhundertwende hörte der Verbrecherexport im allgemeinen auf. Europa "besserte" seine Asozialen selbst, nur Frankreich und Spanien verschifften nach wie vor Verbrecher nach Südamerika. Mit dem Stoppen dieser Art Exportes ging die Entwicklung einst rein kolonialen Länder zur wirtschaftlichen Selbständigkeit parallel. Sie stellten sich auf eigne Füße und machten sich von politischer Bevormundung nach Möglichkeit frei. Dadurch wurden allmählich auch die verheerenden Wirkungen der Verbrecherinvasionen aufgehoben. Ja, das Blättchen wendete sich gründlich. Heute segeln nicht mehr in regelmässigen

Zeitabständen die Verbrecherschiffe von L'Havre nach Westindien hinüber, sondern, wie die neueste Meldung wiederum bestätigt, sind auch schon Verbrecherschiffe von "drüben" nach Europa unterwegs, um die unliebsame Menschenfracht, die aus Europa kam, wieder in den Mutterländern abzusetzen.

Die Fahrt der dreiunddreissig.

Der argentinische Hilfskreuzer "Chaco", war in Buenos Aires ausgelaufen. Dreiunddreissig Schwerverbrecher sind an Bord. Sie sind alle europäischer Abstammung - in Europa sollen sie ausgesetzt werden. Es sind Leute, die "drüben" mehrere Jahre Zuchthaus verbüsst haben. Als der Dampfer erstmalig Las Palmas anlief, verweigerte ihm die Hafenbehörde die Löschung der Fracht. In Marseille und Genua, in Hamburg und Calais, überall wurde der Kapitän ohne die ihm gezehrenden militärischen Ehren empfangen und höflichst wieder aus den Häfen hinauskomplimentiert, ohne dass er seine "Ware" an den Mann zu bringen vermochte. Die "Ladung" ist bis heute, sechs Wochen nach der Uebernahme, noch nicht "gelöscht" worden. Das Ende ist schon heute abzusehen. Die 33 Verbrecher müssen nach Argentinien zurück und dort in Konzentrationslagern ausharren, bis man sie auf irgendeine feinere, diplomatisch geschicktere Art über die Grenzen, über den Pazifik abgeschoben haben wird. Wozu gibt es auch schliesslich Totenschiffe? Schiffe, die die Reeder fahren lassen in der Hoffnung, dass sie absacken und Versicherungsgewinn bringen....? Sie sind zumeist die letzte Zuflucht der Menschen ohne Papiere...

Versuch zur Selbständigkeit...

Das argentinische Verbrecherschiff ist übrigens durchaus nicht das erste, das unseren Kontinent ansteuert. Vor zwanzig Jahren zeigte sich ein eben solches Schiff im Mittelmeer, Es kam von den Inseln der Südsee und wollte seine Fracht in der Levante absetzen. Es hatte ebensowenig Erfolg, wie ihn jetzt die "Chaco" haben wird. Einmal hatten sogar spanische und französische Sträflinge aus der Kolonien von Guyana und den "Inseln hinter dem Winde" sich selbst eines Schiffes bemächtigt, um Seeräubereien zu treiben und die Mittel aufzubringen für eine Heimreise über den atlantischen Ozean. Der Versuch misslang, ein amerikanischer Zerstörer bohrte das Verbrecherschiff völlig in den Grund; drei Ueberlebende wurden gerettet und nach Guyana zurückgebracht.

Wis.

◆ + +
200 000 Dollar geraubt. Aus dem Kassenraum der Northwestern National Bank in Minneapolis (USA) raubten sechs Banditen 200 000 Dollar und entkamen. Die Banditen waren im Besitz von Maschinengewehren.

+ + +
Haydn = Feiern. Anlässlich des 200. Geburtstages des österreichischen Komponisten Joseph Haydn (31. März) wurde in Rohrau, dem Geburtsort des Künstlers, ein Gedenkrelief enthüllt. Der Feier wohnten der österreichische Bundespräsident und mehrere Regierungsmitglieder bei. Mit Feuerwehraufmarsch, Kinderfest und Honorationenwürde beging auch die Bevölkerung des Dorfes den Tag der Vorfeier ländlich-festlich. - Eine Haydn - Gedächtnisausstellung soll am 3. April in Eisenstadt, der burgenländischen Hauptstadt, eröffnet werden. Haydn hat in der burgenländischen Hauptstadt Eisenstadt ein Menschenalter lang gelebt und gewirkt.

+ + +
Weniger Nobel-Geld! Aus rechnerischen Gründen werden für jeden der diesjährigen fünf Stockholmer Nobelpreise je 171 000 Kronen, d.h. etwa 1 500 Kronen weniger als im Vorjahr, zur Verfügung gestellt.

+ + +
Vom Grabstein erschlagen. Auf dem Kirchhof in Eschenrod (Oberhessen) wurde das fünfjährige Söhnchen eines Landwirts durch einen umstürzenden Grabstein erschlagen.

Unglück des Glücksfliegers. Gegen den erfolgreichen Segelflieger Günther Groenhoff soll ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet werden. Günther Groenhoff hatte in der Nähe von Darmstadt einen schweren Autounfall erlitten: er selbst blieb unverletzt, seine Begleiterin, ein Fräulein Riedel, die den Wagen gesteuert hatte, verunglückte tödlich. Wenige Tage nach dem Unglück beging Groenhoff, der die Absicht hatte, sich mit Fräulein Riedel zu verloben, einen Selbstmordversuch durch Einatmen von Gas. Er konnte jedoch ins Leben zurück gerufen werden. Die Einleitung des Strafverfahrens wird nun damit begründet, dass Groenhoff Fräulein Riedel das Steuer anvertraut hatte, obwohl sie keinen Führerschein besass.

+ + +

Sklareks Konkursverbrechen. Im Berliner Sklarekprozess wurde am Mittwoch mit der Erörterung des Sklarekschen Konkursverbrechens begonnen. Es wurde dem Angeklagten Leo Sklarek vorgehalten, dass er sich noch nach dem Zusammenbruch für den Ankauf einer Villa in Berlin-Westend interessiert habe. Ein als Zeuge vernommener Buchmacher erzählte ferner, dass Willi Sklarek bei ihm noch kurz vor seiner Verhaftung Wetten in Höhe von fast 30 000 Mark getätigt und dabei 5 000 Mark gewonnen habe. Willi Sklarek versuchte dem Gericht klar zu machen, dass er in die ganze Affäre "einfach mitgerissen" worden sei.

+ + +

Der geschwätzige Richter. Im Zusammenhang mit dem Skandal um den Stinnesprozess hat der Generalstaatsanwalt beim Berliner Kammergericht gegen den Vorsitzenden des Stinnes-Prozesses erster Instanz, Landgerichtsdirektor Arndt, Anklage erhoben. Die Anklage lautet auf Verletzung der Amtsverschwiegenheit.

+ + +

Siebenfacher Mord! In einem Anfall von Geistesgestörtheit erschlug in Verdal bei Drontheim (Norwegen) ein 21 jähriger junger Mann seine Eltern und seine fünf Geschwister im Alter von 4 bis 20 Jahren mit einem Beil. Nach der Tat steckte der Wahnsinnige das Haus in Brand. Darauf stellte er sich der Polizei. Der Täter wurde in Haft genommen. Er wird in eine Irrenanstalt geschafft werden.

+ + +

Bullerjahn-Verhandlung. Der vierte Strafsenat beim Reichsgericht fasste in der Strafsache gegen den wegen angeblichen Landesverrats aufgrund eines Indizienbeweises zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten früheren Lagerverwalters Walter Bullerjahn folgenden Beschluss: "Die Wiederaufnahme des durch Urteil des vierten Strafsenats vom 11. Dezember 1925 geschlossenen Verfahrens und die Erneuerung der Hauptverhandlung wird angeordnet. Die Strafvollstreckung gegen Bullerjahn wird weiterhin ausgesetzt." In der Begründung wird ausgeführt, dass die Beweisaufnahme einige Tatsachen ergeben habe, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob nicht der urteilfällende Senat bei Kenntnis dieser Tatsachen zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre. - Zu den neuen Tatsachen, die dem Reichsgericht endlich zu denken und zu bedenken geben, dürfte die zweifelhafte Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen gegen Bullerjahn, Generaldirektor Gontard, gehören.....

+ + +

Jugendnot. Eine in diesen Tagen erschienene Denkschrift des preussischen Wohlfahrtsministers enthält erschütternde statistische Angaben über den Gesundheitszustand der Kinder in den preussischen Volksschulen. In allen preussischen Regierungsbezirken ist eine erhebliche Verschlechterung des Ernährungszustandes zu beobachten; häufig ist auch die Bekleidung und Wäsche der Schulkinder mangelhaft. 40 Prozent der preussischen Volksschüler haben kein eigenes Bett und müssen mit Geschwister n oder Erwachsenen zu zweien und zu dreien zusammenschlafen!

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Danzig unter dem Hakenkreuz.

Schlimmer als unter dem Sozialistengesetz.

SPD. Während im Reiche die Entscheidungsschlacht zwischen dem Faschismus und den Verteidigern der Volksrechte sich dem klärenden Stadium nähert, ist es nicht unwichtig, die Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit auf ein selbständiges Staatswesen ausserhalb der Reichsgrenzen zu richten, in dem die Nationalsozialisten länger als Jahresfrist eine ebenso entscheidende wie unheilvolle Rolle spielen. Die durch den Friedensvertrag vom deutschen Reiche abgetrennte und dem Schutze des Völkerbundes unterstellte Freie Stadt Danzig mit ihren rund 400 000 Einwohnern bietet ein Schulbeispiel dafür, was das Volk zu erwarten hat, wenn die Nazis zu Einfluss und Macht gelangen. Danzig ist in Aufbau, Verwaltung und Gerichtsbarkeit seit seinem Bestehen dem deutschen Reiche angeglichen. Wenn es sich auch um ein nur kleines Staatsgebilde handelt, so bieten sich hier mit deutschen Verhältnissen gute Vergleichsmöglichkeiten.

Die kurz nach den Reichstagswahlen durchgeführten Wahlen zum Danziger Volkstag hatten (wenn auch nicht in gleicher Stärke wie im Reiche) ein Anwachsen der Nationalsozialisten zur Folge. Die aus den sogenannten Weimarer Parteien bestehende, Regierungskoalition verlor die Mehrheit und musste einer nationalistischen, von Deutschnationalen geführten, Regierung weichen. Die Nationalsozialisten, offiziell in der Regierung nicht vertreten, gaben ihr die parlamentarische Mehrheit und spielten schon dadurch, dass sie bei der Auswahl der Regierungsmitglieder (Senatoren) bestimmenden Einfluss ausübten, praktisch in ihr die ausschlaggebende Rolle. Hitler bestellte zum Gauleiter der Danziger Nazi-Partei den Reichstagsabgeordneten Forster, der im engen Einvernehmen mit München die Danziger Politik beherrscht.

Seit dem Wahlsieg der Nazis kommt das von der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffene Danzig weder innen- noch aussenpolitisch zur Ruhe. Das Verhältnis zu dem Nachbarstaat Polen, der das natürliche wirtschaftliche Hinterland des Danziger Hafens bildet, ist mit unerträglichen Spannungen geladen, die gerade in letzter Zeit durch die ebenso unverantwortliche wie politisch ungeschickte, von der Nazi-Partei im Reiche geförderte, Hetze auf den Siedepunkt gelangt ist. Danzig geht, wenn dem "Nazitreiben nicht schnellstens Einhalt geboten wird, einer dunklen Zukunft entgegen.

Innenpolitisch sehen die gelehrigen Schüler des Partei buchbeamten Hitler ihre Aufgabe darin, die Verwaltung mit ihren Anhängern zu besetzen. Partei buch ist Trumpf! Ohne Rücksicht auf die schlechten Staatsfinanzen und die Geeignetheit der Bewerber werden Beamtenstellungen für Nationalsozialisten gefordert. Ein unheimliches Spitzeltum breitet sich in den Behörden aus, das jeden Beamten beschnüffelt, der nicht der "Zelle" angehört. Der Drang nach der Futterkrippe geht so weit, dass sogar ein Regierungsmitglied mit Bezug auf die Nazi-Fraktion des Danziger Volkstages resigniert feststellen musste: "Sie sind nicht zu befriedigen, jeder will in eine Beamtenstellung".

Das System der Unterdrückung und Gesinnungsschnüffelei in der Danziger Verwaltung richtet sich mit besonderer Härte gegen die freigewerkschaftlichen Beamten und Angestellten. Die den Danziger Beamten, entsprechend dem Vorbild

der Reichsverfassung, gewährleistet Koalitions- und Gesinnungsfreiheit ist praktisch ausser Kraft gesetzt. Neben vielen anderen Fällen ist das folgende Beispiel typisch: Die freigewerkschaftliche Organisation der Danziger Polizeibeamten fasste in einer Mitgliederversammlung eine Entschliessung, die sich gegen die Abschaffung des hart erkämpften 8-Stundendienstes richtete. Sie war in sachlicher und Schärfe vermeidender Form gehalten, sodass sie sogar von der sonst den Freigewerkschaftlern nicht freundlich gegenüberstehenden bürgerlichen Regierungspressen veröffentlicht wurde. Diese wahrlich bescheidene Betätigung der verfassungsmässig garantierten Koalitionsfreiheit brachte dem gesamten Verbandsvorstand nach Vernehmungen durch die höchsten Träger der Exekutivgewalt eine Strafe von je einem halben Monatsgehalt ein. Dazu wurde das gegen diese unerhörte Massnahme protestierende Bundesorgan des Allgemeinen Danziger Beamtenbundes auf die Dauer von fünf Monaten verboten und gegen den als verantwortlichen Schriftleiter zeichnenden Kollegen das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet.

Einen ungemein günstigen Boden finden die Nazis nicht nur in den Vernehmungszimmern der Polizeibehörden, sondern in ebenso hohem Masse vor den Gerichten. Während die erst nach dem unerträglichen faschistischen Terror gebildete Schutzorganisation der Arbeiterschaft verboten wurde, machen die gelben Horden der Nazis nach wie vor die Gassen Danzigs unsicher. Mehrere Morde und unzählige Ueberfälle gehen auf ihr Schuldkonto, aber trotzdem sind sie in fast allen Fällen vor Strafen sicher. "Danzig hat keinen Rechtsboden, man spricht gegen eine Wand!" Das ist der Ausspruch eines bürgerlichen Juristen, der über die Rechtsauffassung der Danziger Justizbehörden sein Urteil fällte. "Schlimmer als unter dem Sozialistengesetz" - mit diesem Wort eines anderen Juristen sind die Zustände in Danzig, wo die sozialistische Presse geknebelt und ihre Redakteure mit hohen Gefängnisstrafen belegt werden, treffend gekennzeichnet.

Die alte Hansastadt Danzig ist den Nazis ausgeliefert und hat in kurzer Frist ihren aussen- wie innenpolitischen Kredit verloren. In ihren Mauern macht sich die finsterste Reaktion breit. Die Blicke Danzigs richten sich besonders in diesen Tagen nach dem deutschen Mutterlande, wo der Kampf zwischen Faschismus und Demokratie ausgefochten wird. Der Sieg der deutschen Demokratie bringt auch der Freien Stadt Danzig die Erlösung vom Hakenkreuz.

SPD. Die Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der "Arbeitslosenversicherung", die soeben erlassen wurde und am 18. April in Kraft treten wird, bringt sowohl organisatorisch wie versicherungsrechtlich beachtenswerte Änderungen. Eine grosse Anzahl von Befugnissen, die bisher dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt zustanden, wird auf den Vorstand der Anstalt übertragen. Künftig werden Vorstand und Verwaltungsrat dadurch miteinander verbunden, dass die Beisitzer des Vorstandes aus den Beisitzern des Verwaltungsrates entnommen werden und dass der Vorstand bei der Beschlussfassung über Satzung, Gesamthaushalt und Abnahme des Rechnungsabschlusses als Unterausschuss des Verwaltungsrates tätig wird. Die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder, die jetzt die Vorstandsmitglieder mit umfasst, wird ebenso wie die der Verwaltungsausschüsse der Landesärbeitsämter und der Arbeitsämter verkleinert.

Das Etatsrecht der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter und Landesärbeitsämter wird durch Vorschätzungen der Vorsitzenden ersetzt. Die Ausschüsse sind nur noch anzuhören. Die Einberufung der Organe braucht nicht mehr mindestens einmal in jedem Kalendervierteljahr stattzufinden, sondern nur noch einmal in jedem Kalenderjahr. Sie muss allerdings auch künftig erfolgen, wenn ein Drittel der Beisitzer es verlangt.

In der Personalbestellung ist von einschneidender Bedeutung die Änderung, wonach das bindende Vorschlagsrecht der Verwaltungsausschüsse für die

Bestellung von Fachkräften beseitigt und die Präsidenten der Landesarbeitsämter, bzw. der Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt werden, die Bestellung vorzunehmen, nachdem dem zuständigen Verwaltungsausschuss "Gelegenheit gegeben worden ist, Vorschläge zu machen". Damit ist aus dem Vorschlagsrecht ein Anhörungsrecht geworden.

Die Unterstützungshöhe wird vorwiegend durch eine Aenderung des § 105 betroffen. Sie bestimmt, dass Beiträge oder Teile von Beiträgen, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet worden sind, für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr berücksichtigt werden dürfen. Das bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand eine starke Einschränkung; denn nach der Entscheidung des Spruchsenats vom 5. Juni 1931 sollten alle Beitragsnachzahlungen, die vor rechtskräftiger Entscheidung über den Unterstützungsantrag erfolgen, für die Bemessung der Lohnklasse berücksichtigt werden. Andererseits wird bestimmt, dass diese Vorschrift nicht anzuwenden ist, soweit und solange der Arbeitslose das ihm geschuldete Arbeitsentgelt noch nicht erhalten hat. In der Erhaltung der Anwartschaften zur Sozialversicherung trat nur insofern eine Aenderung ein, als die Verpflichtung des Arbeitsamtes zur Entrichtung der Anerkennungsgebühren nicht mehr "während des Bezuges", sondern in Zukunft für die Zeit des Bezuges der Hauptunterstützung anerkannt wird. Die ursprüngliche Absicht der Regierung, die Anerkennungsgebühren den Arbeitslosen nur auf Antrag zu ersetzen, ist vom Reichsrat abgelehnt worden. Mit der Festsetzung der Löhne der Notstandsarbeiter wurde der Präsident des Landesarbeitsamtes anstelle des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes betraut und zwar unter Ausschluss eines Rechtsmittels gegen seine Entscheidung.

Die Umbildung der Organe und ihrer Ausschüsse muss bis zum 23. Juni durchgeführt sein. Organe und deren Ausschüsse, die nach dieser Verordnung neu gebildet werden, bleiben bis zum 31. Dezember 1937 im Amt.

Die Höchstdauer der versicherungsmässigen Arbeitslosenunterstützung beträgt, wie durch einen Beschluss des Vorstandes der Reichsanstalt mit Zustimmung der Regierung verfügt wurde, über den 31. März hinaus bis auf weiteres 20 Wochen und bei berufstätlichen Arbeitslosen 16 Wochen.

Die neue Verordnung über die Arbeitslosenversicherung der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden tritt am 1. April in Kraft. Durch sie unterliegt die Beschäftigung der genannten Berufsgruppen bis zum 30. Juni der Arbeitslosenversicherungspflicht. Vor dem 30. Juni ist also mit Veränderungen im Versicherungsrecht der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden nicht zu rechnen. Welche Regelung alsdann Paltz greifen wird, wird im Verwaltungsrat noch eingehend geprüft werden.

SPD. Die Manteltarifverhandlungen des Buchdruckgewerbes, die am Mittwoch mittag vor dem tariflichen Zentralschlichtungsamt unter dem Vorsitz des Landesschlichters Professor Brahn-Dortmund begannen, brachten noch kein Ergebnis. Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt.-

Der Manteltarif war von den Unternehmern gekündigt worden. Die Gewerkschaften verlangen Verlängerung des Tarifs. Auch der Lohntarif ist dieser Tage von den Arbeitgebern gekündigt worden. Diese Kündigung bedeutet alles andere als eine Entlastung der mit Konfliktstoff ohnehin reichlich geladenen Atmosphäre im Buchdruckgewerbe. Sie ist eine Herausforderung.

Wirtschaft Technik Handel

Kunstseidene Konjunkturinsel.

Die Krise kann in der internationalen Kunstseide als überwunden betrachtet werden.

SPD. Die Kunstseidenindustrie ist gewissermassen in der Weltkrise Ausseiter. Während auf allen anderen Gebieten scharfe Rückgänge in Produktion und Absatz zu verzeichnen sind, hat die internationale Kunstseidenindustrie bei bedeutender Steigerung ihrer Produktion eine bemerkenswerte Ausdehnung ihres Absatzes erzielen können. Die Krise, die 1930 in der Kunstseide scharfe Formen annahm, scheint nach der im Jahre 1931 einsetzenden Belebung überwunden zu sein. Die Produktionsstatistiken der letzten Jahre sind äusserst aufschlussreich. 1926 wurden 102,3 Millionen kg produziert, 1927 = 134,5 Millionen kg, 1928 = 166,5 Millionen kg, 1929 = 200,8 Millionen kg, 1930 = 187,85 Millionen kg und 1931 = 202,7 Millionen kg.

Bei einer Steigerung der Fabrikationsmengen um rund 8 Prozent konnte die Kunstseidenindustrie im letzten Jahr sogar die bisherige Rekordproduktion des letzten Konjunkturjahres 1929 noch um annähernd 2 Millionen kg übertreffen. Am kräftigsten setzte sich die Produktionsbelebung in Japan durch, das bei einer Leistung von 21 Millionen gegen 15,8 Millionen kg seine Produktion um rund 33 Prozent steigern konnte. Deutschland folgt an zweiter Stelle mit einer Ausdehnung der Produktion von 20,5 auf 25 Millionen kg, also um 22 Prozent. An dritter Stelle steht Italien, das mit 34,2 Millionen kg eine zehnpromtente Vermehrung aufweist. In den Vereinigten Staaten sind die Verschiebungen mit einer Produktion von 56,6 Millionen gegen 53,2 Millionen kg gering, während in Grossbritannien sich der Produktionsstand mit 22,7 Millionen kg stabil gehalten hat. Die in Frankreich und Belgien noch in Fluss befindliche Reinigungskrise der dortigen Kunstseidenindustrie und die sich in diesem Zusammenhang abwickelnden Kämpfe und Sanierungen haben in diesen Ländern zu einer Drosselung der Produktion um 8 bis 10 Prozent im letzten Jahr geführt.

Noch bedeutsamer aber ist die Aufnahmefähigkeit, die der internationale Kunstseidenmarkt im letzten Jahr gezeigt hat. Der Weltverbrauch an Kunstseide betrug 1929 = 190 Millionen kg, 1930 = 172,4 Millionen kg und 1931 = 185 Millionen kg. Nach den vorläufigen, sehr vorsichtigen Schätzungen ist der Weltverbrauch also gleichfalls um mindestens 8 Prozent gegen 1930 gewachsen. Auch bei der Konsumsteigerung führt Japan weitaus an erster Stelle mit einem Verbrauchszuwachs von 14 auf 19,4 Millionen kg, also um annähernd 40 Prozent. In den Vereinigten Staaten steigt der Kunstseidenkonsum von 58 auf fast 60 Millionen kg und in Deutschland von 26,5 auf rund 28 Millionen kg.

Der Weltaussenhandel weist infolge verschiedener zollpolitischer Massnahmen und des von 1930 noch wirksamen Krisendruckes ganz erhebliche Verschiebungen auf. Die Einfuhr nach den Vereinigten Staaten ist im letzten Jahr von 2,34 auf 0,62 Millionen kg gesunken und erreichte infolge der unübersteigbaren Zollmauern in den ersten Monaten dieses Jahres fast den Nullpunkt. Die Einfuhr nach Deutschland hat sich mit 11,4 Millionen kg kaum geändert. Dagegen ist der Export aus Deutschland von 7,1 auf 5,5 Millionen kg stark gefallen. Eine noch schärfere Drosselung erfuhr der Kunstseidenexport Grossbritanniens, der von 3,1 auf 1,9 Millionen kg zusammenschrankte. Während die übrigen europäischen Exportländer wie Frankreich, Belgien und Holland einen mehr oder min-

der starken Rückgang ihrer Kunstseidenausfuhr zu verzeichnen hatten, konnte Italien, dessen ausserordentlich übersetzte Kunstseidenindustrie bei der geringen Kaufkraft des Inlandes zu schärfsten Zwangsexporten genötigt ist, seinen Export von 14,8 auf 20,5 Millionen kg, also beinahe um 40 Prozent ausdehnen. Italien versorgt also damit mehr als 38 Prozent des Kunstseidenwelthandels.

Diese überraschende Entwicklung macht die Kunstseidenindustrie zu einer der ganz wenigen Konjunkturinseln inmitten der Krisensintflut. Auf die finanzielle Gesundung und die Wiederherstellung einer soliden Betriebsbasis hat aber diese aus dem Rahmen fallende günstige Lage so gut wie keinen Einfluss gehabt. Der Spekulationstaumel in den Glanzjahren des stürmischen Aufschwungs, der währe Orgien der Kapitalfehlleitung und Kapitalverwüstung zeitigte, hat zu tiefe Spuren hinterlassen. In Deutschland musste der Glanzstoffkonzern schon im Jahre 1930 Verluste in Höhe von 60 Millionen Mark ausweisen und im folgenden Jahr weitere Verluste von einigen Millionen. Das, was die scharf rationalisierten Betriebe hereinholen, verschlingen die unausgenutzten Riesenanlagen und die Unzahl der spekulativ aufgebauten Beteiligungen, in die enorme Kapitalbeträge hineingesteckt wurden. Der zweitgrösste deutsche Konzern, die J.P. Bemberg A.G., hat sein Kapital 1927/29 von 16 bis auf 40 Millionen Mark erhöht, wobei phantastische Börsengewinne bei Kursen von 650 Prozent mitgenommen wurden. Jetzt hat Bemberg in den beiden letzten Jahren rund 21 Millionen Mark seines Kapitals verloren. Das Werk Siegburg, das sehr viel Geld verschlungen hat, ist nicht mit Maschinen ausgerüstet und auch nicht in Betrieb genommen worden. So wurde Kapital investiert!

Nicht besser war es im Auslande. Der italienische Snia-Viscosakonzern, der unter der Herrschaft des italienischen Löwenstein, des Bankiers Gualino, stand, musste sein Kapital von einer Milliarde auf 330 Millionen Lire zusammenstreichen; also zwei Drittel des Kapitals waren verschleudert. In seinem Jahresbericht für 1931 brüstet sich die Konzernleitung damit, dass es wieder gelungen sei, eine Dividende von 6 Prozent herauszuwirtschaften; aber diese Aktionärs-gewinne konnten nur durch einen 30-prozentigen Lohnabbau erzielt werden. Auch in England schlug die Kunstseidenspekulation über alle Stränge. Bei Courtaulds, einem Konzern mit 640 Millionen Mark Kapital, wurden in den Konjunkturjahren Dividenden von 25 Prozent und dazu noch Gratisaktien ausgeschüttet. Jetzt hat der Konzern nur durch die scharfe Zollerhöhung in England eine etwas bessere Ausnutzung seiner Riesenanlagen erreicht. 1931 musste für die Zahlung von 5 Prozent Dividende auf Reserven zurückgegriffen werden. Die British Celanese ist bisher dem Zwang der Kapitalzusammenschreibung bei hohen Millionenverlusten dadurch ausgewichen, dass sie auf die unausgenutzten Fabrikanlagen keine Abschreibungen vornahm. Hier sind also auch noch schwere Millionenverluste zu erwarten.

Aus diesen verheerenden Verlusten hat das Kunstseidenkapital aber nichts gelernt. Jetzt, wo in England hohe Zölle die Einfuhr sperren, werden neue Millionenkapitalien, u.a. auch bei der British Bemberg, investiert, obwohl die alten Anlagen zum Teil nur zu 25 bis 30 Prozent ausgenutzt sind. Hier wird der kapitalistische Wahnsinn schon zur Methode!

SPD. Nach eingehenden Verhandlungen mit den Verbänden der Reklameunter-nehmen und dem Verband der Reklameverbraucher ist durch den Reichskommissar für Preisüberwachung eine Senkung der Plaketanschlaggebühren für Normal- und Spezialtarife mit Wirkung vom 1. April 1932 ab um mindestens 10 % im Durchschnitt des Tarifs gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1931 angeordnet worden. In den Fällen, in denen Tarife seit dem 31. Dezember 1924 nicht mehr erhöht worden sind, muss eine Senkung um mindestens 5 Prozent vorgenommen werden.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben für den Monat Februar 1932 mit 559 Millionen Mark an. Das Aufkommen im Januar 1932 stellte sich auf 730,5 Millionen Mark. Natürlich kann man die beiden Monate nicht vergleichen, da die Zahlungstermine nicht einheitlich festliegen. Gegenüber dem Januar 1931 ergibt sich ein Minderertrag in Höhe von 71,7 Millionen Mark. Auch hier ist eine Vergleichung nicht möglich, weil sich die Steuergesetzgebung in der Zwischenzeit in wesentlichen Punkten geändert hat. So z.B. ist die Krisensteuer neu eingeführt, die Umsatzsteuer erhöht und andererseits die Aufbringungsumlage gesenkt worden. Immerhin verbleibt ein starker Rückgang im Steueraufkommen, der sich wohl in erster Linie aus der weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage erklärt.

Die Besitz- und Verkehrssteuern werden mit 366,3 Millionen Mark angegeben. Die Lohnsteuer macht 68,17 Millionen Mark aus gegenüber 80,38 Millionen Mark im Januar 1932. Im Februar 1932 sind rund 120 000 Mark an Lohnsteuern erstatet worden. Die Gesamterstattungen für die Zeit vom 1. April 1931 bis Ende Februar 1932 stellen sich auf 20 Millionen Mark. Neu in Erscheinung tritt im Februar 1932 die erhöhte Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer brachte im Februar 80 Millionen Mark gegenüber 76,4 Millionen Mark im Januar 1932. Der Ertrag der Reichsfluchtsteuer wird mit 386 000 Mark angegeben. Insgesamt sind aus der Reichsfluchtsteuer bisher 1,92 Millionen Mark aufgekommen.

SPD. Die Sanierungsverhandlungen in der oberschlesischen Montanindustrie sind im grossen und ganzen abgeschlossen. Dabei ist das eine erfreulich, dass das Reichskabinett endlich gegen die Quertreibereien der privaten Grossaktionäre mit allen Mitteln Stellung genommen hat.

Insbesondere war es die Ballestremgruppe, die immer versuchte, die in der oberschlesischen Montanindustrie durch Miswirtschaft entstandene Verluste restlos auf die öffentliche Hand abzuwälzen. Dagegen wollte man nicht zulassen, dass sich die öffentliche Hand, die das Geld für die Sanierung bereitstellt, Einfluss auf den sanierten Konzern sichert. In der privaten Wirtschaft ist es selbstverständlich, dass der Geldgeber entsprechenden Einfluss erhält, um kontrollieren zu können, wie sein Geld verwendet wird. Die Ballestremgruppe hat aber in Denkschriften und Aussätzen die ganze Angelegenheit so dargestellt, als ob es sich dabei um einen staatskapitalistischen Vorstoss Preussens auf Kosten der Privatwirtschaft handele.

Wie diese Staatswirtschaft aber aussieht, geht aus folgendem hervor: Das Reich und Preussen haben dem Oberhüttenkonzern (Vereinigten oberschlesische Hüttenwerke A.G.), um die es sich bei dieser Sanierung in der Hauptsache handelt, bereits durch Zinsopfer eine Subvention in Höhe von 20 Millionen Mark gewährt. Darüber hinaus wird die öffentliche Hand infolge der neuen einschneidenden Sanierung mit einem Kapitalverlust von 18 Millionen Mark zu rechnen haben. Es ist doch wirklich eine Selbstverständlichkeit, dass sich die öffentliche Hand für diese grossen Opfer, insbesondere für die 18 Millionen Mark, die dem Unternehmer weiter überlassen werden müssen, das Recht der Mitverwaltung ausbedingt. Das Reich steht, wie aus dem jetzt bekannt gewordenen Kabinettsbeschluss hervorgeht, auf dem Boden des gemeinsam ausgearbeiteten Sanierungsplans. Es wäre staatsfinanziell wie volkswirtschaftlich auch völlig unverantwortbar, wenn die öffentlichen Stellen sich nicht einen einschneidenden Einfluss auf die seit Jahren mit öffentlichen Mitteln ausgehaltene oberschlesische Eisenindustrie sichern würde.

Der vorliegende Sanierungsplan ist zwar so gestaltet, dass eine Majorisierung der öffentlichen Hand durch Ballestrem ausgeschlossen sein soll. Immerhin legt die vorgesehene Regelung der öffentlichen Hand ausserordentlich grosse Opfer auf und bringt andererseits den Grossaktionären schwer zu rechtfertigende Vergünstigungen. Die Situation liegt so, dass im Konkurs die Aktionäre

alles verlieren würden, und obendrein Ballestrem nicht für Bürgschaftsverpflichtungen bis zu 8 Millionen Mark in Anspruch genommen werden könnte. Die öffentliche Hand würde, aufgrund ihres Pfandrechts, ohne Zubusse das Werk weiter führen können. Trotzdem sollen nach dem Sanierungsplan Reich und Preussen auf 18 Millionen Mark verzichten und die Grossaktionäre andererseits kostenlos 4 Millionen Mark Aktienkapital an dem neukonstruierten Geschäft erhalten. Der Ballestremkonzern erhält für seine Gruben das wertvolle Belieferungsrecht für die Hüttenbetriebe, bringt aber seinen Grubenbesitz nicht in die neue Kombination ein.

Man muss beachten, wie verschieden die Gläubiger behandelt werden. Die öffentlichen, unbedingt gesicherten Gläubiger haben Opfer zu bringen. Die privaten Aktionäre, die zu Zuschüssen verpflichtet sind, nicht. Berücksichtigt man ferner noch die Tatsache, dass bei der ungünstigen Standortlage die Eisenbetriebe ohne Ertragsausgleich durch Gruben kaum rentabel gestaltet werden können, so wird verständlich, dass die parlamentarischen Kontrollinstanzen auch gegenüber dem vom Reich grundsätzlich akzeptierten Sanierungsplan scharfe Bedenken hegen. Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat nach eingehendsten Beratungen in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, dass er in dem vorliegenden Vorschlag der Reichsregierung noch keine ausreichende und keine dauernde Sanierung der oberschlesischen Wirtschaft sehen kann, dass dafür vielmehr nur die Möglichkeit in einer Zusammenfassung und engeren Verbindung der Gruben- und Eisenbetriebe gegeben ist. Er hat an die Regierung die Aufforderung gerichtet, eine derartige Lösung in den Verhandlungen anzustreben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass eine Konsolidierung und Gesundung der weitüberetzten oberschlesischen Montanindustrie nur auf dieser Grundlage erreicht werden kann und dass der Zusammenbruch von Oberhütten und Borsig umfassende Reorganisationsmassnahmen zur Erhaltung der oberschlesischen Industrie unerlässlich machen. Es sollte daher mit aller Energie auf dieses Ziel hingearbeitet werden. Zugleich ist durch die Beschlüsse der Reichsregierung und des Haushaltsausschusses klargestellt, dass bei der öffentlichen Hand das Höchstmass von Opfern bereits erreicht, wenn nicht überschritten ist. Die endgültige Bereinigung, die sich schon viel zu lange hinzieht, muss nun mit aller Energie beschleunigt werden, wobei für die kleinere Lösung der Rahmen bereits abgesteckt ist. Unverzüglich wird aber klarzustellen sein, ob sich nicht sofort eine Gesamtlösung verwirklichen lässt.

SPD. Die Kreugerkrise hat die schwedische Regierung veranlasst, eine Stützungsaktion für die Skandinaviska Kredit A.-B. einzuleiten, die vorläufig den Betrag von einer viertel Milliarde Kronen beansprucht. Die Skandinaviska Kredit A.-B. stand dem Kreugerkonzern sehr nahe und war für Kreuger als Emissionsbank tätig. Mit der Skandinaviska Kredit A.B. ist auch der Ericssonkonzern (Elektrotechnik) verbunden, der stark im internationalen Geschäft Fuss gefasst hat. Der Sturz der Ericssonaktien vor allem soll die schwedische Regierung veranlasst haben, die Sanierungsaktion durchzuführen, die schon seit längerem geplant war. Vorgesehen ist, dass die Skandinaviska Kredit A.-B. vom Staat einen Kredit von 100 bis 120 Millionen Kronen übernehmen. Im übrigen sieht die Sanierung die Stärkung der flüssigen Mittel in Höhe von 40 bis 50 Millionen Kronen durch den Staat unter Beteiligung der übrigen schwedischen Banken vor.

Widerstand gegen höhere Mehlpreise.

Berliner Getreidebörse vom 30. März.

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb am Mittwoch die Grundstimmung weiter fest. In Weizen wurde die allgemeine Versorgungslage nicht für günstig gehalten, sodass prompte Ware, die knapp angeboten war, um zwei Mark höhere Preise erzielte. Die Mühlen zeigten vermehrte Kauflust. Prompter Roggen stand in inländischer wie in ausländischer Ware ausreichend zur Verfügung, konnte aber gleichwohl seinen Preisstand um eine Mark befestigen. Am Markte der Zeitgeschäfte war es ruhiger. Weizen hatte zwar bei Eröffnung der Börse Preisverbesserungen von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark zu verzeichnen; jedoch gingen diese im Laufe der Börse zum grössten Teile wieder verloren. Für Roggen waren die Notierungen, soweit solche zustande kamen, im wesentlichen unverändert. Am Mehlmarkt waren die Käufer bestrebt, Material nur zu den letztnotierten Preisen zu erwerben. Die Mühlen versuchten etwas höhere Preise durchzudrücken; jedoch war es ausserordentlich schwer, die erhöhten Forderungen zu erzielen. Hafer hatte wenig Geschäft. Die Stimmung war im allgemeinen gut behauptet.

	<u>29. März</u>	<u>30. März</u>
	(ab märkischer Station in Mark)	
Weizen	253 - 255	255 - 257
Roggen	197 - 199	198 - 200
Braugerste	183 - 190	183 - 190
Futter- und Industriergerste	170 - 179	170 - 179
Hafer	159 - 166	160 - 167
Weizenmehl	31,00 - 34,60	31,50 - 34,75
Roggenmehl	26,75 - 27,90	26,50 - 27,90
Weizenkleie	10,80 - 11,10	10,80 - 11,10
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 268 (266 $\frac{1}{2}$), Mai 271 - 270 $\frac{1}{2}$ (269 $\frac{1}{2}$), Juli 276-274 $\frac{1}{2}$ (274 $\frac{1}{2}$), September 233-232 $\frac{1}{2}$ (233), Roggen März 197 Geld (196 $\frac{1}{2}$), Mai 199 $\frac{1}{2}$ (199 $\frac{1}{2}$), September 189 (188 $\frac{1}{2}$), Hafer März = (170), Mai 175 $\frac{1}{2}$ (175 $\frac{1}{2}$), Juli 180 $\frac{1}{2}$ -180 (179 $\frac{1}{2}$).

----- Berliner Viehmarkt. -----

SPD. Der erste Schweinemarkt nach den Feiertagen brachte beträchtlich erhöhte Forderungen der Verkäufer, die zum Teil durchgesetzt werden konnten, weil das Angebot ziemlich knapp gehalten war. Das Geschäft flaute aber, nachdem der Bedarf einigermaßen gedeckt war, stark ab. Immerhin wurden Reisgewinne von 4 bis sogar 5 Pfennigen pro Pfund Lebendgewicht erzielt. Bei den Kälbern war die Preissteigerung grösser. Das gilt jedoch nur für die Klasse b, während die Preissteigerungen für die anderen Klassen geringer ausgefallen sind. Bei den Kälbern war die Beschickung ebenfalls unzureichend.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 43 (-), b) 240-300 Pfd. 41-42 (37-38), c) 200 bis 240 Pfd. 40-42 (36-38), d) 160-200 Pfd. 38-40 (34-37), e) 120-160 Pfd. 35-38 (30-33). Sauen 37-38 (32-33). Schafe: b) 37-39 (32-34), c) 32-35 (28-30), d) 20-28 (20-25). Kälber: b) 52-58 (42-50), c) 35-52 (32-45), d) 20-30 (20-30). Kühe: a) 23-26 (22-25), b) 20-22 (18-21), c) 16-19 (15-18), d) 13-15 (12-14).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den

30. März 1932.

Ein Teller Rosenkohl.^x

S.P.D. Es ist gewiss begreiflich, dass die Not unsrer Zeit die Menschenherzen verhärtet, und ich bin der Letzte, der nicht Verständnis dafür hätte, wenn ein armer Teufel, dem die Last des Lebens die Seele verbittert und verelendert hat, seinem Mitmenschen übel mitspielt und dadurch das kindlich reine Gemüt eines unverbesserlich optimistischen Menschenfreundes verletzt. Deshalb liegt es mir auch fern, aus der traurigen Geschichte von einem Teller Rosenkohl, die ich hier erzählen will, ein selbstgerechtes Urteil über menschliche Bosheit herzuleiten. Aber weil ich glaube, dass diese Geschichte zum Nachdenken anregen, vielleicht gar in einer Verwirklichung menschlicher Solidarität einen freundlichen Widerhall finden könnte, darum teile ich sie mit.

Mein lieber alter Freund Moritz Grünbaum ist ein sehr armes Luder, einer, dem nur die stoische Philosophie, die Ueberzeugtheit von der Bagatellenhaftigkeit unsres erbärmlichen Staatsbürgerdaseins und die Kameradschaft seines sehr tapferen, gleichgesinnten Eheweibes die Kraft geben, das Leben eines Wohlfahrtserwerbslosen mit ruhiger Gelassenheit zu ertragen. Wem es selber elend geht, der wird ja am besten ermessen können, was es bedeutet, als Siebzugsjähriger von der Wohlfahrtsunterstützung leben zu müssen. Rosa Grünbaum ist infolge von Unterernährung zu einer fast körperlosen, nahezu gespenstischen Erscheinung geworden. Ihr Gewicht liegt tief unter Zentnerschwere. Moritz nennt sie darum kosend "Nixlein". Die beiden Alten haben einander sehr lieb. Philemon und Baucis waren die reinsten Rabenäser gegenüber Moritz und seinem Nixlein.

Eines Mittags gab es aber doch einmal einen ehelichen Konflikt zwischen Moritz und Nixlein, einen regelrechten Ehestreit. Sie hatten sich eben beide zu Tisch gesetzt. Es gab ein lukullisches Mittagsmahl. Vor jedem stand ein Teller wundervoll duftender Kartoffelsuppe. Aber auf der Grenze zwischen beiden - hm! - protzte ein Teller Rosenkohl. Das war kein gewöhnlich gekochter Rosenkohl; das war ein von Nixlein mit reiner Butter liebevoll zubereiteter Rosenkohl - ein äusserst anregender, ja, verführerischer Rosenkohl. Aber der Teller wurde bald von Nixlein dem Moritz, bald wieder von Moritz dem Nixlein zugeschoben. Was heisst "zugeschoben"? In aller Heimlichkeit, raffiniert geschickt, sodass der Andre es eigentlich kaum hätte merken können, wurde der Teller Rosenkohl der doch nicht empfindungslosen Nase des Andern näher gerückt in der Hoffnung, dass der Andre dem verführerisch lockenden Duft erliegen müsste. Tatsächlich lief auch beiden das Wasser im Munde zusammen.

"Aber, Moritz," ermunterte Nixlein, "der schöne Rosenkohl! Mit reiner Butter! Nu hab' dich doch nich! Es is doch nur noch der eine Teller von gestei übrig geblieben."

Moritz schluckte den angelaufenen Speichel herunter. "Nixlein, ich ess' ihn bestimmt nich. Ich könnt' ihn nich essen; so satt bin ich von der schönen Kartoffelsupp'. Ich krieg' ihn nich runter. Nu - iss du ihn schon!"

Auch Nixlein schluckte. Sie machte aber ein durchaus ablehnendes Gesicht. "Ich bin schon satt. Satt bis dahin. - Moritz, tu mir schon den Gefallen. Sie sah ihn schmeichlerisch bittend an. "Mit reiner Butter! So was gibt es doch wohl selten genug!"

Der Rosenkohl sagte gar nichts. Er duftete nur.

Moritz schluckte wieder. "Nixlein, ei, ei!" Er schnupperte ihr etwas vor. "Der schöne Rosenkohl! Mit reiner Butter!" Nixlein wurde böse. "Ich sage kein Wort mehr. Genug, du wirst ihn essen!" In diesem Augenblicke drückte jemand auf den Klingelknopf zu Moritzens Wohnung.

"Nu," sagte Moritz, "wer kann schon klingeln bei uns? Einer, der noch weniger hat als wir. Aber - jetzt - wirst du was erleben, Nixlein. Pass mal auf! Und dann stand Moritz Grünbaum an seiner Wohnungstür vor einem Bettler, blickte ihn durch seine scharfen Brillengläser freundlich an, holte von seiner Tische weg - den Teller Rosenkohl und reichte ihn dem Bettler. "Lassen Sie sich's gut schmecken!" sagte er dabei.

Leise lehnte er die Tür an. Moritz und Nixlein warteten drinnen. Sie spitzten die Ohren und lauschten angestrengt. Sie warteten auf das Klappern des Löffels, auf das Geräusch der geliebtesten Lippen, des geschmeichelten Gaumens des offenbar hungrigen Bettlers. "Nu?" sagte Moritz strahlend. "Nu!" sagte Nixlein mit frohem Lächeln. Sie warteten darauf, dass der Bettler nun klopfen, dass er sagen möchte, wie köstlich der Rosenkohl ihm geschmeckt hätte.

Als sich nichts rührte, ging Moritz langsam, behutsam an die Türe. Der Bettler war verschwunden. Auf der Türschwelle aber stand der Teller voll Rosenkohl. Mitten hinein in das liebevolle, mit so viel Menschenliebe gereichte Mahl hatte der Bettler einen schmutzigen Zettel gepappt, auf den er gekritzelt hatte "Alter Geisshartz!"

"Der schöne Rosenkohl!" sagte Moritz leise und traurig, wie enttäuschte Kinder zuweilen reden können. Nixlein aber zuckte mit halb belustigtem, halb resigniertem Gesichte die Achseln und schüttete den Rosenkohl in den Mülleimer
Victor Noack.

Ein Leutnant gegen ein Korps.^x

SPD. Diese Geschichte ist in einer deutschen Universitätsstadt wirklich passiert. Mir hat sie ein Werkstudent erzählt, der einen recht glaubwürdigen Eindruck machte. Aber selbst wenn sie nicht wahr wäre, dann wäre sie sehr hübsch und echt erfunden.

Vorausgeschickt sei - der einleitende Satz deutet ja schon darauf hin -, dass es sich hier um kein Armeekorps, sondern um ein Studentenkorps handelt, und dass auch der Leutnant, als er diese Nachkriegstat vollbrachte, längst schon die Uniform ausgezogen hatte und in werkstudentischem Dress, in Schillerhemd und Kittel herumlief. Er gehörte zu den Wenigen, die keine Achselstück- und Landsknechts-Komplexe mit in die Heimat zurückgebracht hatten, obwohl oder vielleicht gerade weil er draussen im Felde ein ganzer Kerl gewesen war und im letzten Kriegsjahr als Flieger den Pour le mérite bekommen hatte.

Dieser Pour le mérite stach nun einem ebenso feudalen wie nationalistisch militaristischen Studentenkorps ausserordentlich in die Augen. Lang - wie wir den ehemaligen Leutnant nennen wollen - trug den Orden zwar nie spazieren, aber seine Existenz hatte sich doch bereits herumgesprochen bei jenen Klüngeln unreifer Söhne wohlhabender Eltern, denen äusserer Glanz alles, innerer Wert aber nichts bedeutet, und die, im Besitz eines mühelos gefüllten Geldbeutels, den blütigen Ernst des Lebens im allgemeinen und der Zeitläufte im besonderen noch nicht erfasst haben.

Das feudale Studentenkorps also setzte seinen Ehrgeiz darein, den repräsentativen Orden nebst Achselstücken a.D. für sich zu nationalistischen Renommierzwecken zu gewinnen. Lang, zwar politisch ein unbeschriebenes Blatt, jedoch mit gesunden Instinkten begabt, setzte dem Werben des Korps Widerstand entgegen; er wollte studieren, arbeiten, das durch den Krieg Versäumte nach-

holen; er hatte weder Zeit noch Lust noch Geld zu mittelalterlich studentischem Firlefanz. Aber schliesslich gab er, um Ruhe zu haben, doch dem Drängen nach, verwahrte sich jedoch gegen jegliche, seine Arbeit und Ruhe störenden Verpflichtungen. Und lief nach wie vor im Schillerhemd herum, wie es ihm und seinem schmalen Geldbeutel genehm war.

Dieses unfeudale, kleinbürgerliche oder gar proletarische Gehabe aber passte dem feudalen Korps keineswegs in die Rechnung. Man gab zunächst durch die Blume, später deutlicher dem Pour le mérite-Fuchs zu verstehen, dass sich sein saloppes Benehmen nicht mit den gesellschaftlichen Pflichten eines feudalen Korpsstudenten vereinbare. Lang lehnte die Eingriffe in sein Privatleben zunächst gleichmütig, schliesslich grob ab. Die Folge war der Ausschluss Langs aus dem Korps.

Das sollte dem Korps teuer zu stehen kommen. Lang piff zwar auf die Zugehörigkeit zum Korps, aber die entehrende, hochnäsige Art der Behandlung forderte ihn heraus und weckte seinen alten Kampfinstinkt.

Lang beschloss den Krieg gegen das feudale Korps.

Der Krieg begann damit, dass Lang eines Tages auf zwei seiner verflochtenen Kommilitonen, die in einem vornehmen Restaurant, die Würde ihres Korps verkörpernd, sassen, zu ging und kurzerhand jedem ein paar schallende Ohrfeigen herunterhieb, worauf er sich in aller Seelenruhe, als hätte er nur eben "Guten Tag!" gesagt, wieder entfernte.

Wer den studentischen Kommentar kennt, der weiss, was das bedeutete. Die samt ihren Farben so grausig geschändeten Jünglinge liefen zu ihrem Klüngel. Es gab eine erregte Kriegsratssitzung, und schliesslich wurden zwei Kartellträger mit Säbelforderungen zu Lang geschickt. Aber bereits ehe die Kartellträger den feindlichen Leutnant erreichten, liefen schon wieder neue Hiobsbotschaften vom Kriegsschauplatz ein: Lang hatte auf offener Strasse zwei weitere Angehörige des Korps geohrfeigt. Hoch gingen die Wellen der Erregung im Korps-hause. Die Schmissee glühten, und wieder gingen Duellforderungen ab, während schon wieder neue "Verwundete" mit heftig geröteten Backen ankamen.

Mitten in die neue Kriegsratssitzung platzte die Meldung der ersten Kartellträger, dass Herr Lang ihnen ins Gesicht gelacht und erklärt habe, er denke gar nicht daran, irgendwelche Forderungen anzunehmen und den Geohrfeigten Satisfaktion zu geben; dumme Jungs gehörten geohrfeigt und damit basta.

Der Generalstab des Korps sass perplex und bohrte sich in der Nase; eine entsetzliche Lage: schwerste Ehrenbeleidigungen gegen das Korps und seine Angehörigen; der Beleidiger ist satisfaktionsfähig, hat den Pour le mérite, verweigert aber die Satisfaktion. Die Welt steht Kopf, die Welt geht unter. Was tun?!

Und während stündig neue Blessierte von der Front einlaufen, an der Lang ein neuer, fürchterlicher Achill, tobt, begibt sich der Generalstab zum studentischen Ehrengericht und beantragt die Zitierung des Schänders vor das Ehrengericht und seine Ehrloserklärung in aller Form. Das Ehrengericht wiegt bedrückt den Kopf, weist darauf hin, dass Lang ehemaliger Offizier und Inhaber der höchsten Kriegsauszeichnung ist, kann aber schliesslich nicht umhin, Lang zu laden.

Lang erscheint. In grosser Aufmachung, wie von Charell inszeniert: Felduniform, Helm, Schwert an seiner Linken, Brust mit Orden bedeckt, um den Hals den Pour le mérite. Das Gericht sitzt auf weissglühenden Kohlen. Es kann unmöglich - das schläge aller Tradition ins Gesicht - den Inhaber der höchsten Kriegsauszeichnung als ehrlos und als Feigling erklären. Man debattiert verlegen und ohne überlieferte und bewährte Zackigkeit. Man versucht, eine Versöhnung anzubahnen, Lang zu einer Entschuldigung zu veranlassen. Lang lehnt ab, lächelt und wendet den Ereignissen den Rücken. Das Ehrengericht erklärt sich schliesslich für nicht zuständig und geht gleichfalls nach Hause. Die verschiedenen "Ehren" sind sich in die Haare geraten und liegen, zu einem heillosen Knäuel verfilzt, unansehnlich unter dem Gerichtstische.

Achill Lang aber fuhr, als wäre nichts gewesen, in seinem Ohrfeigen-Feld zuge fort. Wo die Farben des feudalen Korps auftauchten, da knallten Ohrfeigen. Die Korpsiers waren hilflos; raufen durften sie nicht in Couleur; zudem war Lang athletisch gebaut. Das bürgerliche Gericht durfte gemäss dem Comment nicht in Anspruch genommen werden. Es blieb schliesslich nichts anderes übrig da das Korps sich nicht mehr in der Öffentlichkeit sehen lassen durfte, ohne dass die Passanten seine Vertreter belächelten, als das auf der ganzen Linie im wahrsten Sinne des Wortes geschlagene Korps aufzulösen und seinen Namen nebst Farben verschwinden zu lassen.

Das ist die Geschichte vom Leutnant, der ein Korps vernichtete. Wir, die wir sowohl dem Komplex Feudalstudententum wie dem Komplex Krieg kritisch und ablehnend gegenüberstehen, können dem tapferen Leutnant in diesem Falle nur applaudieren: es war schätzungsweise seine beste kriegerische Tat.

Heinz Anders.

Im Reiche der Orangen.^x

SPD. Im Hafen von Valencia werden grosse Schiffe mit Orangen beladen. Die Schiffe der deutschen, englischen und skandinavischen Handelsflotte tragen nach allen Richtungen Europas den Ruhm Valencias. Denn Valencia ist die Metropole im Reiche der Orangen. Lange noch bevor man in die Stadt selbst kommt, fährt man an zahllosen Farmen vorüber, an Reis- und Zwiebfeldern, an Wein- und Gemüsegärten, vor allem aber an weithin ausgedehnten Orangengärten. Es hat sehr viel Fleiss dazu gehört, diese Gegend so fruchtbar zu machen, wie sie heute ist aber der Levante ist von Natur fleissig; in den Bergen ist er Hirt, in Valencia Kaufmann und Exporteur, in der Huerta draussen aber ist er Landwirt. Für seinen Fleiss spricht die Tatsache, dass er es fertig gebracht hat, dreimal im Jahre auf seinen Feldern zu ernten. Zum Fleisse kam daher rasch auch der Reichtum, umso mehr, als der Levantiner ausserordentlich anspruchslos und nüchtern ist. Selbst der wohlhabende Landwirt wohnt in barackenartigen, strohbedeckten Hütten. Nichts, was an Luxus erinnert, ist dort zu sehen. Eine Hütte schliesst sich eng an die andere. Vom Berge aus betrachtet, könnte man glauben es sei eine einzige grosse Gartenstadt; so dicht besiedelt ist der levantinische Küstenstrich, für einen landwirtschaftlichen Bezirk wohl ein einzigartiger Fall in Europa; es kommen 430 Menschen auf einen Quadratkilometer. Und sie alle ernährt der Boden, der Reis und die Orangen. Ein Hektar Boden trägt 250 Orangenbäume, und jeder Baum liefert jährlich mehr als fünfzehn Kilogramm Orangen. Kein Wunder also, dass die Orangen im Mittelpunkt des Interesses in diesen Bezirken stehen. Worüber man auch sprechen mag, im Grunde läuft jedes Gespräch auf die Orangen hinaus, und weil es den meisten Bewohnern hier gut geht, waren ihre politischen Ueberzeugungen niemals sehr extrem. Die Valencianer waren niemals der Monarchie und der Kirche blind ergeben. Sie strebten nach Aufklärung und huldigten der Vernunft. Man schwärmte für eine Republik, noch lange bevor sie eingeführt wurde. Blasco Ibanez, der grosse Republikaner war Valencianer. Der Sozialismus allerdings wird hier etwas stiefmütterlich behandelt. Es gibt in der Levante verhältnismässig wenige Arbeitnehmer und verhältnismässig viele eigene Herren. Der Kommunismus hat so gut wie gar keine Aussichten. Der durchschnittliche Valencianer ist ziemlich rechtsrepublikanisch, und die gegenwärtige Regierung ist ihm schon zu sozialistisch; er schwört auf Lerroux, der allgemein als der kommende Mann Spaniens bezeichnet wird, und am meisten ist Lerroux selbst davon überzeugt, denn er spricht in öffentlichen Versammlungen nicht anders von sich als: "wenn ich Ministerpräsident sein werde....."

Dass die Valencianer mit der Madrider Regierung nicht zufrieden sind,

hat freilich noch seine besonderen Gründe. Valencia hat nämlich in Madrid ein Steuerguthaben von zwei Millionen Pesetas, und Madrid will mit dem Gelde nicht herausrücken. Die eigentlichen Ursachen des Unwillens gegen Madrid sind aber doch etwas allgemeinerer Natur. Die meisten spanischen Provinzen sind mehr oder weniger autonomistisch gesonnen, und obzwar Valencia bei weiter kein solchen separatistischen Aspirationen zur Schau trägt wie Katalonien, und obzwar man die Katalonier hier für egoistisch und habgierig hält und sie mit dem Boykott ihrer industriellen Erzeugnisse bedroht, ganz ohne autonomistische Neigungen sind auch die Valencianer nicht. Sie halten z.B. ihren Dialekt für würdig, zur Staatssprache erhoben zu werden, und was für dergleichen lokalpatriotische Anwandlungen es noch mehr gibt. Es kommt aber deshalb nirgends zu ernsthaften Ausschreitungen. Schliesslich sind dem Valencianer die Apfelsinen wichtiger als das föderalistische Problem, und die Ruhe der Stadt hat darunter nicht zu leiden. Die Strassen sind mit lärmenden und fröhlichen Menschen überfüllt, ebenso die Kaffeehäuser, und man bereitet mit grossem Eifer das Fest der "Fallas" vor, das zum Frühlingsbeginn mit Tanz, Musik und grossen Freudenfeuern in den Strassen von Valencia gefeiert wird, und zu dem der Präsident der Republik, Alcala Zamora, halb und halb sein Erscheinen zugesagt hat.

Aber die glückliche Ruhe und Heiterkeit dieser Stadt wird nur allzu bald eine Trübung erfahren müssen. Die unfreundlichen Wolken kommen von den englischen Gestaden in Gestalt von Zöllen und Kontingenten, die die Einfuhr der spanischen, d.h. valencianischen Apfelsinen regeln sollen. Wenn diese geplante Kontingentierung durchgeführt wird, dann ist es mit Valencia als der Insel der Glückseligen, der Stadt ohne Arbeitslose, vorbei. Dann wird auch diese Stadt mit rauher Hand in den Strudel des irrsinnigen Wirtschaftstreibens dieser Welt gerissen werden, denn nach den geplanten Zollgesetzen sollen fernerhin nur noch 8 % des gegenwärtigen Exportes nach England zulässig sein, und da von den 92 % ungefähr 70 % auf Valencia entfallen, kann man sich leicht ein Bild davon machen, wie hart diese Stadt von dem englischen Wirtschaftsgeschoss getroffen werden wird. Zweihunderttausend Arbeiter, so schätzt man in Madrid, werden durch das entliche Kontingentgesetz in Mitleidenschaft gezogen werden, und davon ein grosser Teil in Valencia. Die heitere, die reiche, die sorgenlose Stadt wird bald die Folgen des zusammenschumpfenden Exportes zu fühlen bekommen; die Landwirte, die Exporteure, die Hafenarbeiter, und alles, was an den Apfelsinen hängt, wird bald düstere Gesichter zur Schau tragen. Die Stadt steht und fällt mit den Orangen, und es steht schlimm um die goldenen Früchte der Levante. Vielleicht kommt es so weit wie in Südamerika, wo man den Kaffee ins Meer schüttet, dass auch die Valencianer Landwirte ihre Apfelsinen statt in den Hafen ins Meer fahren werden, weil sie ihnen niemand mehr abnehmen wollen, abnehmen dürfen wird. Sophie Kramstyk.

Giftwirkungen bei Tieren.^x

SPD. Die Feststellung, dass verschiedene Gifte auf die einzelnen Lebewesen ganz verschieden einwirken, dass also auch "Gift" sozusagen einen relative Begriff darstellt, ist eins der interessantesten und wichtigsten Kapitel in der Immunitätslehre. Aus bestimmten Versuchen mit Giften bei Tieren darf durch aus nicht der Schluss gezogen werden, dass die gleichen Gifte beim Menschen ebenfalls die gleichen Wirkungen auslösen. Ein ausserordentlich interessantes, übrigens unbeabsichtigtes Experiment dieser Art ereignete sich vor einiger Zeit nach einem Berichte von F. Wallner an Bord des im Heimathafen Bremen angelauten Hansadampfers "Tannenfels". Der Erste Steward hatte sich aus Persien, aus dem Mohammerah-Flussgebiete, zwei ungefähr 20 cm grosse Schildkröten mitgebracht, die er in einer Kajüte frei umherlaufen liess. Um vom Schiff etwa eingeschleppte Schädlinge zu bekämpfen, wurde nach Löschen der Ladung

der ganze Schiffsinnenraum mit starken Blausäuredämpfen durchgast. Die Besatzung musste deshalb das Fahrzeug für 24 Stunden verlassen, da wegen der ausserordentlichen Gefährlichkeit dieses Giftes schon nach wenigen Atemzügen bei Mensch und Tier der sofortige Tod eintreten würde. Man vergass aber bei dieser Massnahme, die Schildkröten in Sicherheit zu bringen, sodass sie sich während der Durchgasung noch in der Kammer des Stewards befanden. Als man dann später nach den für tot gehaltenen Tieren suchte, machte man die überraschende Entdeckung, dass die Schildkröten noch lebten und auf Berührungen mit Einziehen des Kopfes und der Füsse antworteten. Schon nach mehrstündigem Aufenthalt in frischer Luft war ihre anfängliche Benommenheit verschwunden, der Appetit stellte sich bald wieder ein, und die Tiere blieben am Leben. Es ist allerdings noch heute rätselhaft, wie dieses ausserordentlich starke Gift von Lebewesen überhaupt ertragen werden konnte.

Diese erstaunliche und bewundernswerte Widerstandskraft gegen starke Gift ist auch noch bei andern Wesen des Tierreiches beobachtet worden. Nach einer Mitteilung der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung in Frankfurt a.M. überlebten Kornkäfer und Reismehlkäfer eine noch weit grössere Giftgaskonzentration als die Schildkröten. Besonders Insekten, die mit Chitin, einem die häutigen und härteren Teile bildenden Stoffe, wie er z.B. in den Flügeldecken der Maikäfer vorkommt, gepanzert sind, weisen häufig eine geradezu verblüffende Giftgasfestigkeit auf. Man erklärt sich diese Tatsache durch die Fähigkeit dieser Kerbtiere, die Atemöffnungen nach Belieben zu schliessen, worauf die Tiere höchstwahrscheinlich von dem geringen, im Körper befindlichen Sauerstoffvorrat eine Zeitlang zu leben vermögen. Auch verschiedene Schneckenarten sollen beträchtliche Mengen Blausäure vertragen können. Der Igel wiederum ist gegen Schlangenbisse nahezu völlig immun und auch gegen Zyankali fast unempfindlich. Eine Dosis, die ausreicht, um die viel grössere Katze zu töten, übt auf den Igel gar keine Wirkung aus, während selbst grosse Dosen nur Erkrankung, aber nicht den Tod herbeiführen. Das bekante für den Menschen ziemlich harmlose Rizinusöl ist ein schweres Gift für Meerschweinchen. Bei Menschen wiederum genügen 5 Zentigramm Veratrin, das aus den Wurzelstöcken von Alpenpflanzen gewonnen wird, um den Tod zu verursachen. Von reinem Nikotin lösen schon drei Milligramm schwere, oft tödliche Erscheinungen aus. Die Erforschung der Widerstandsfähigkeit mancher Tiere gegen bestimmte Gifte ist jedenfalls auch für den Menschen von besonderem Werte.

Wie wird das Wetter?

SPD. Verbürgt durch die Gesetze der Natur haben wir seit dem 20. März den Frühling im Lande. Du meinst, erst seit dem 21.? Das ist ein Irrtum! Wir haben ein Schaltjahr, und da hat uns der sonnigfrohe Bursche schon einen Tag früher beglückt.

Die Wettermacher sind also jetzt verpflichtet, uns Frühlingswetter zu beschern. Sie geben sich auch die allergrösste Mühe. Aber es will noch nicht so recht klappen. Wir von der Zeitung teilen unsern Lesern im Wetterberichte ja nur mit, was uns die Wettermacher gesagt haben. Wir haben ja leider keinen Einfluss darauf, ob es noch Nachtfroste gibt, oder ob allmähliche Erwärmung eintritt, ob Petrus aus allen Kübeln giesst, oder ob er die Sonne scheinen lässt. Könnten wir unsern Einfluss geltend machen, dann sind wir sicher, dass sich die einen über zu viel Sonne, die andern über zu viel Regen bei uns beklagen würden. Ein Zeitungsmann kann es doch nie recht machen.

Aber den Wetterbericht bringen wir gewissenhaft. Die Hausfrauen müssen ihn haben, damit sie wissen, ob sie morgen die Wäsche zum Trocknen im Freien aufhängen können; die Kleingärtner sind an der Wettervorhersage wegen ihrer

Gartenarbeit interessiert, und die Naturfreunde und die Jugens und Mädels der Arbeiterjugend wollen wissen, ob am Sonntag eine Tagestour lohnt, oder ob damit zu rechnen ist, dass alles "zu Wasser" wird. Das sind Gründe genug für den Redakteur, jeden Tag den Wetterbericht zu veröffentlichen.

Trotzdem sind die Leser nicht damit zufrieden, und wir tun doch nur unser Bestes. Da hat sich jüngst jemand bei uns beklagt, das mit dem Wetterbericht stimme nicht so ganz. Es war eine biedere Frau, die uns auf die Redaktion gestürmt kam und uns dafür verantwortlich machen wollte, dass sie jetzt ihre nasse Wäsche im Korbe liegen habe und sie nicht trocknen könne. Sie hätte sich auf unsern Wetterbericht verlassen, der sonniges Wetter ankündigte. Wie sie dann beim Wäscheaufhängen im Garten war, hätte es in Strömen geregnet.

Es war nicht ganz leicht, die Gute zu beruhigen. Aber schliesslich gelang es doch, und aus lauter Freude darüber erzählte ich ihr diese kleine Geschichte von zwei Wetterpropheten:

Da lebte in der Nähe einer Grosstadt, die eine Wetterwarte hat, ein alter Schäfer, der wegen seiner Wettervorhersagen berühmt war. Der Leiter der Wetterwarte hörte davon, und es interessierte ihn, zu erfahren, wie der Schäfer ohne jedes wissenschaftliche Instrument in der Lage sein könne, so genaue Wetterprognosen zu stellen. Er suchte also den Alten auf seiner Schafheide auf und begann ein Gespräch mit ihm, in dessen Verlauf er auch nach dem voraussichtlichen Wetter für den nächsten Tag fragte. Der Alte schaute prüfend in die Wolken und gab die gewünschte Auskunft. Jetzt wollte der Meteorologe wissen, wie der Schäfer zu seinem Urteil über das Wetter komme, so ohne jedes wissenschaftliche Hilfsmittel. "Das ist ganz einfach", meinte der Schäfer. "In der Stadt lebt so ein verrückter studierter Professor auf der Wetterwarte, der schreibt jeden Tag in die Zeitung, wie das Wetter wird. Da brauche ich dann nur das Gegenteil davon zu sagen, und dann stimmt's gewiss...."

Fix.

Reisende.^X

SPD. Herr König und Herr Kessler treffen sich zufällig in einem Eisenbahnabteil. Sie kennen einander nicht persönlich, wohl aber vom Sehen. Geschäftsreisende kommen viel in der Welt herum, haben oft die gleiche Tour zu bearbeiten, und mit der Zeit weiss einer etwas vom anderen.

König und Kessler reisen mit grossen Rohrplattenkoffern. König reist in feiner Herrenwäsche und nimmt an, dass Kessler sein Konkurrent ist. Kessler reist in feiner Herrenwäsche und nimmt an, dass König sein Konkurrent ist. Aber beide würden es gegenseitig nicht zugeben.

Kessler nörgelt ein bisschen über das Wetter. König nörgelt über die Geschäftslage. So kommen sie ins Gespräch. Kessler fragt: "Wohin geht's denn heute?" König antwortet: "Nach Magdeburg." Kessler ist wütend. Nach Magdeburg will er auch. Aber erst muss er genau wissen, ob der andere wirklich sein Konkurrent ist. Darum fragt er ganz offen: "Worin reisen Sie eigentlich?" König denkt: das habe ich ihn gerade fragen wollen. Er wird mir doch etwas vorlügen, wenn ich die Wahrheit sage. Also werde ich auch lügen. - Und dreist gibt er zur Antwort: "In Dampfwalzen!"

Kessler blickt auf Königs Koffer und fragt mit aller Unschuld, die ihm zu Gebote steht: "Haben Sie Muster bei sich?"
Peter Omm.

SPD. Ein silberner Schlüssel kann das stärkste eiserne Schloss öffnen.
Englisches Sprichwort.